

Machtergreifung und Gleichschaltung in Bräunlingen (1933/1934)

Ein Beitrag von Christoph Nobs, September 2026.

Dieser Beitrag befindet sich noch im Aufbau

(Stand: 30.09.2026)

Zunächst sind ein paar Phasen und Begriffe zu klären:

- Die Kampfzeit = die Vor-Phase, die zur Machteroberung führen sollte: von zunächst einer „**Bewegung**“ zur regierenden „**Macht**“ (Alleinherrschaft, totalitäre Diktatur).
- Die Machtergreifung (Januar-März 1933)
- Die Gleichschaltung

Kampfzeit

Als **Kampfzeit** bezeichnete man in der Zeit des Nationalsozialismus den Aufstieg der NSDAP zwischen 1919 und Januar 1933. In der NS-Propaganda wurde die Kampfzeit als ein „im Gedankengut der Nationalsozialisten fest verankerte[r] Begriff“ mit der „Erinnerung an schwere und opferreiche Jahre“ verbunden. Sie habe von den Alten Kämpfern vielfach gesundheitliche Opfer verlangt und oftmals wirtschaftliche Not über sie gebracht. Ziel dieser „Kampfgemeinschaft“ sollte die Tilgung der Schmach des „Versailler Diktates“ durch **Machteroberung nach innen und außen** sein. Zentrales Ereignis der Kampfzeit war der gescheiterte Hitlerputsch. (zitiert aus Wikipedia, Artikel „Kampfzeit“, eingesehen am 30.09.2026).

Machtergreifung

Als **Machtergreifung** (auch Machtübernahme oder Machtübergabe) wird die Ernennung des Nationalsozialisten Adolf Hitler zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 bezeichnet. [...] Nachdem am 1. Februar 1933 das Parlament in Berlin, der am 6. November 1932 gewählte Reichstag, von Reichspräsident Hindenburg aufgelöst worden war, schränkten die Machthaber in den folgenden – von nationalsozialistischem Terror gekennzeichneten – Monaten die politischen und demokratischen Rechte durch Notverordnungen des Präsidenten ein. Als entscheidende Schritte auf dem Weg zur Diktatur gelten die *Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz*

von *Volk und Staat* (Reichstagsbrandverordnung) vom 28. Februar 1933 und die dadurch ermöglichte Verfolgung der KPD-Funktionäre, und das ‚Ermächtigungsgesetz‘ vom 24. März 1933. Der Reichstag verlor damit praktisch jegliche Entscheidungskompetenz. Neben vielen anderen wurden nun auch Parlamentarier ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslagern eingesperrt und gefoltert. [...] Den Ausdruck *Machtergreifung* hat die Propaganda der NSDAP [...] vermieden und stattdessen den Begriff *Machtübernahme* verwendet, um der deutschen Öffentlichkeit – dort besonders dem Bürgertum – vorzuspiegeln, die Geschehnisse vom 30. Januar 1933 an seien von Legitimität, Kontinuität und Friedfertigkeit geprägt. [...] In Deutschland feierten die Nationalsozialisten den 30. Januar als *Tag der nationalen Erhebung* und Beginn ihrer Machtübernahme mit einer angeordneten Beflaggung öffentlicher Gebäude mit der Hakenkreuzfahne. (zitiert aus Wikipedia, Artikel „Machtergreifung“, eingesehen am 30.09.2026).

Gleichschaltung

Gleichschaltung bezeichnet die erzwungene Eingliederung aller sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kräfte in die einheitliche Organisation einer Diktatur, die sie ideologisch vereinnahmt und kontrolliert. Seit den 1930er Jahren bezeichnet das Wort den Prozess der Abschaffung des Föderalismus und der Vereinheitlichung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens in der Machteroberungsphase der Zeit des Nationalsozialismus. Ziel war es, bis 1934 den als Zerrissenheit verstandenen Pluralismus in Staat und Gesellschaft aufzuheben. Gleichschaltung zählt zu den Formen des autoritären Korporatismus. [...] Mit der Gleichschaltung strebte man an, alle Bereiche von Politik, Gesellschaft und Kultur gemäß den nationalsozialistischen Vorstellungen zu reorganisieren. Dies hatte die Eingliederung vieler bestehender Organisationen in die NS-Verbände zur Folge. Für Organisationen und Institutionen, deren Existenz nicht infrage gestellt wurde, „bedeutete Gleichschaltung im Wesentlichen dreierlei: Beseitigung demokratischer Strukturen zugunsten des ‚Führerprinzips‘, Implementierung antisemitischer Grundsätze, indem Juden aus leitenden Positionen entfernt oder gänzlich aus der Organisation verstoßen wurden, sowie ein vollständiger oder partieller Führungswechsel zugunsten von Anhängern des neuen Regimes.“^[1] Die politische Willensbildung erfolgte schließlich allein durch den *Führer* Adolf Hitler, dessen Wille nach nationalsozialistischer Ansicht allein den wahren Volkswillen verkörperte. Entweder erfolgte die Gleichschaltung auf Anweisung oder in vorausseilendem Gehorsam (sogenannte *Selbstgleichschaltung*, z. B. Deutscher Hochschulverband, Deutscher Richterbund etc.). Andere Verbände und Organisationen reagierten auf den Druck mit der ersatzlosen Selbstauflösung und Beendigung ihrer Tätigkeit. Grundsätzlich war damit die Einschränkung oder der Verlust der individuellen Persönlichkeit beziehungsweise der Unabhängigkeit, Mündigkeit und Freiheit eines Menschen durch Regeln und Gesetze sowie sonstige Maßnahmen der Gleichsetzung und Vereinheitlichung der Massen verbunden. (zitiert aus Wikipedia, Artikel „Gleichschaltung“, eingesehen am 30.09.2026).

Lokal-örtlich für Bräunlingen

Zunächst eine vorweggenommene Zusammenfassung:

In erschreckend kurzer Zeit wurden auch in Bräunlingen mit der Machtergreifung und Gleichschaltung 1933/1934 jede politische Opposition und die nicht-konformen zivilen und kirchlichen Vereine diskriminiert oder ausgeschaltet. Die „Nicht-Nazi“-Gemeinderäte, der Bürgermeister Martin Müller* und der Ratsschreiber Dr. Johann B. Hornung wurden abgesetzt. Als letzte öffentliche Opposition verblieben zunächst noch die beiden katholischen Ortsgeistlichen, Stadtpfarrer Dekan Julius Meister und Kaplan Martin Walter. 1934 wurde Martin Walter entfernt und ein Jahr lang durch Kaplan Alfred Burger ersetzt, der eng mit den Nazis kooperierte, zum Leidwesen seines Dienstvorgesetzten Pfarrers und der katholischen Vereine, insbesondere dem Gesellenverein (Kolping). Im September 1935 war dann auch der Stadtpfarrer fällig und erhielt Ortsverbot. Spätestens ab da war die politische Gleichschaltung in Bräunlingen total. Als nachfolgender Pfarrer kam der zurückhaltende Kaspar Hanner, der sich auf „Seelsorge“ beschränkte.

Das gesamte Leben wurde nun von 1933-1945 autoritär, total, völkisch-rassistisch, rechtsradikal-faschistisch von der NS-Diktatur bestimmt und geprägt – zumindest „offiziell“. (Vgl. hierzu verschiedene Kapitel der „Zeitzeugenaussagen zum Nationalsozialismus in Bräunlingen“ – digital auf Website GWBR oder analog als Heft, 72 Seiten, 2.Auflage 2026).

(*zu **Bürgermeister Martin Müller** hat Stadtarchivar Joachim Schweitzer vor einiger Zeit gründlich recherchiert und dazu einen öffentlichen Vortrag gehalten mit dem Titel „Martin Müller – Bürgermeister in schweren Zeiten“. Der Vortrag basierte auf Notizen, ein ausgearbeitetes Manuskript liegt leider nicht vor).

Nun ausführlich:

Die Zeit vor der Machtergreifung: die „Kampfzeit“ in Bräunlingen

Die Anfänge der NSDAP im Amtsbezirk Donaueschingen sind bereits 1921 in Furtwangen zu finden (Banka, Seite 6). Auch unsere Bräunlinger Zeitzeugen berichteten, dass die Nazis „vom Bregtal her“ nach Bräunlingen kamen. Die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Bräunlingen ist für den 07.04.1930 erwähnt (Donaubote, 08.04.1930). Selbstverständlich war Bräunlingen auch vorher schon nationalsozialistisch ‚bewegt‘. Die Wahlergebnisse 1930-1933 zeigen, dass in Bräunlingen jeweils überdurchschnittlich für die NSDAP gestimmt wurde. Was mögen die Gründe hierfür gewesen sein?

Die Wahlergebnisse im Verlauf der 1920-er Jahre bis zur Machtergreifung haben wir dokumentiert – sie würden hier jedoch den Rahmen sprengen. (Wir werden sie bei anderer Gelegenheit vorstellen bzw. sie sind auch auf der Website einsehbar – dort sind allerdings

die Tabellen teilweise noch etwas „verhauen“ aufgrund eines noch zu behebenden technischen Fehlers).

Wahlergebnisse NSDAP

(Zusammenstellung durch Joachim Schweitzer, Stadtarchiv Bräunlingen)

	<u>Bräunlingen mit Bruggen</u>	<u>Reich</u>
27.10.1929: Landtagswahl	13,8 % = 100 St. (ohne Bruggen)	6,98 % (Land)
14.09.1930: Reichstagswahl	28,6 % = 262 Stimmen	19,3 %
31.07.1932: Reichstagswahl	38,9 % = 434 Stimmen	37,3 %
06.11.1932: Reichstagswahl	38,9 % = 416 Stimmen	33,1 %
05.03.1933: Reichstagswahl	49,4 % = 588 Stimmen	43,9 %

[Anmerkung GWBR: Insgesamt hatte Bräunlingen im Vergleich mit dem Reich (bzw. Land) jeweils einen meist deutlich höheren Stimmenanteil für die NSDAP. Sofern die Angaben für die Reichstagswahl am 06.11.1932 zutreffen, fällt auf, dass die NSDAP bei dieser Wahl in Bräunlingen exakt stabil in Prozent und Stimmen blieb, während sie bei dieser Wahl reichsweit deutliche Verluste hinzunehmen hatte und infolge eine schwere interne Parteikrise entstand.]

Ein Kampf mit harten Bandagen

Im Vergleich zu heute wurde damals mit härteren Bandagen gekämpft, zum Beispiel

- in Parteiveranstaltungen mit stark polemischen Reden
- in den Zeitungsbeiträgen des nationalsozialistischen „Schwarzwälder Tagblatt“ (Furtwangen) und des katholischen Zentrumsblattes „Donaubote“ (Donaueschingen) – und mit weiteren einschlägigen Schriften und Handzetteln
- mit Störaktionen
- durch handfeste gewalttätige Auseinandersetzungen

Einigen Zeitzeugenaussagen zu folgern, waren die Bräunlinger Nationalsozialisten in sich uneins. Möglicherweise standen sie sich dadurch in der Bräunlinger NS-Herrschaft selber etwas im Wege. Zumindest der seltsam scheinende Vorgang 1933/34 um die Bestellung des NS-Bürgermeisters (mit einer internen Schlägerei in der Bahnhof-„Restauration“) scheint für diese Annahme ein Indiz sein zu können.

Die Machtergreifung und Vorgänge der Gleichschaltung

Ein Blick auf die Vorgänge im Deutschen Reich

30.01.1933: Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler

28.02.1933: Verordnung zum Schutze von Volk und Staat

05.03.1933: Letzte Reichstagswahlen mit mehreren Parteien; NSDAP 288 Sitze oder 44%

24.03.1933: Ermächtigungsgesetz

01.04.1933: Boykott jüdischer Geschäfte

22.06.1933: Verbot der SPD

05.07.1933: Verbot der Zentrumspartei

Vorgänge der Machtergreifung und Gleichschaltung in Bräunlingen

- Veränderung des Stadtrates und der Gemeindeverwaltung

Ab Ende März 1933 wurden die Kommunisten ausgegrenzt (29.03.1933).

Mit den für das ganze Reich verordneten Maßnahmen wurde am 23.05.1933 die Zahl der Bräunlinger Stadträte von acht auf vier reduziert – der reduzierte Rat bestand jetzt zur Hälfte aus Nationalsozialisten (zwei von vier).

Seit Frühjahr 1933 wurde kräftig an den Stühlen von Bürgermeister Martin Müller und Ratsschreiber Dr. Johann Baptist Hornung gesägt.

Am 05.08.1933 wurden die zwei letzten nicht-nationalsozialistischen Stadträte entfernt.

NSDAP-Ortsgruppenleiter Theodor Weißer wurde am 31.05.1933 Bürgermeister-Stellvertreter.

Bürgermeister Martin Müller befand sich spätestens ab dem 25.06.1933 in „Erholungsurlaub zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit“.

Ab dem 25.06.1933 übernahm der Stellvertretende Bürgermeister, NSDAP-Ortsgruppenleiter Theodor Weisser, die Leitung des Bürgermeisteramtes „mit Schlüsseln“.

Das Bezirksamt leitete seit 01.07.1933 ein Dienststrafverfahren gegen Bürgermeister Müller ein, am 15.08.1933 entzog ihm der Gemeinderat das Vertrauen, am 19.08.1933 wurde eine vorläufige Amtsenthebung beantragt, am 21.10.1933 wurde Bürgermeister Martin Müller durch den Reichsstatthalter auf Vorschlag des Staatsministeriums in den Ruhestand versetzt, die zum 31.01.1934 in Kraft trat.

Ratsschreiber Dr. Johann Baptist Hornung musste ebenfalls seinen Hut nehmen: Am 15.08.1933 beschließt der Gemeinderat die Entlassung Dr. Hornungs zum 01.11.1933. Sein (späterer) Nachfolger, Verwaltungspraktikant und Ratschreibergehilfe Ferdinand Hofacker (spätestens seit 1938 auch NSDAP-Geschäftsführer), sollte mit Beschluss vom 21.06.1933 „aus Sparsamkeitsgründen“ gekündigt werden, was jedoch nicht geschah: der Beschluss wurde am 15.08.1933 endgültig zurückgenommen.

Ebenfalls am 21.06.1933 beschloss der Rat, dem Stadtrechner Reinhard Fehrenbach zum 01.11.1933 zu kündigen; diese Kündigung wurde jedoch nicht ausgeführt und am 01.03.1934 zurückgenommen.

Am Samstag, 25.11.1933, sollte ein neuer Bürgermeister gewählt werden. Auf Antrag der NSDAP wurde von einer öffentlichen Wahl durch die gesamte Bürgerschaft abgesehen, um „Ordnung und Frieden zu wahren“; stattdessen sollte der neue Bürgermeister vom Gemeinderat und der Bürgerausschuss gewählt werden. Alle drei in den Zeitungen genannten Kandidaten waren Nationalsozialisten: Theodor Weißer, Julius Brugger II und Albert Hauser - auffallend ist, dass keiner dieser drei Kandidaten später Bürgermeister wurde, sondern Julius Hummel.

Die auf den 25.11.1933 angesetzte Bürgermeisterwahl fand jedoch nicht statt aufgrund nicht näher benannter „eingetretener Hindernisse“ – vielleicht lagen diese „eingetretenen Hindernisse“ bei den Nationalsozialisten selbst, die sich nicht einigen konnten (vgl. dazu die Zeitzeugenaussagen). Das Bezirksamt ordnete daraufhin an, die Wahl sei bis spätestens 28. Dezember durchzuführen.

Ab Dezember 1933 war Julius Hummel kommissarischer Bürgermeister.

Mit Schreiben vom 13.03.1934 teilte das Ministerium des Innern dem Gemeinderat mit, Julius Hummel sei auf zwei Jahre zum Bürgermeister ernannt; am 21.03.1934 wurde er vor dem Bezirksamt verpflichtet – entgegen dem Willen des Gemeinderates nicht als ehrenamtlicher, sondern als hauptamtlicher Bürgermeister.

Durch NSDAP-Kreisleiter Sedelmeyer wurden am 16.10.1935 Albert Hauser zum ersten Beigeordneten (erster Bürgermeister-Stellvertreter) und Hubert Fehrenbach zum zweiten Beigeordneten ernannt.

- Repression gegen die Ortskirche

Schon 1933 entzieht der Stadtrat (per offiziellem Beschluss) den beiden katholischen Ortsgeistlichen das Vertrauen und intervenierte entsprechend bei der Freiburger Diözesanleitung (Erzbischof Conrad Gröber): Mit der erzwungenen Versetzung des katholischen Vikars Martin Walter (07.03.1934) und der Vertreibung des katholischen Stadtpfarrers Dekan Julius Meister (22./23. September 1935 – und Ortsverbot ab 24.09.1935) wurden die letzten markanten oppositionellen Personen des öffentlichen Lebens entfernt.

Die Hitlerjugend wird auf die katholische Jugend angesetzt, es gibt handfeste Schlägereien.

Als Nachfolger von Vikar Martin Walter kommt bereits im gleichen Monat (März 1934) Vikar Alfred Burger mit nationalsozialistischer Gesinnung und agiert bis Mitte/Ende September 1935 gegen Kolpingverein und gegen seinen dienstvorgesetzten Ortpfarrer.

Am 1. Juli 1933 brechen Polizei und SA brechen in das Pfarrhaus ein und beschlagnahmen Gegenstände und Vermögen der DJK sowie wichtige Dokumente des Dekanates. Die SA will den Pfarrer sofort verhaften, die Polizei verhindert dies jedoch.

Am 23. Juli 1933 startet das „Schwarzwälder Tagblatt“ eine Kampagne zur Vertreibung des Pfarrers. Der Gemeinderat der Stadt Bräunlingen beschließt die Vertreibung, am 15. August 1933 stimmt auch der Bürgerausschuß zu (14 Stimmen ja, dagegen keine. Enthaltung: eine, da ein Mitglied abwesend war). Das alles geschieht zu einer Zeit, als die Nazis im Zuge der Gleichschaltung und des Verbotes von SPD und KPD sowie Zentrumsparterie längst überall in den Kommunalparlamenten das uneingeschränkte Sagen haben.

(Ausführlicheres in: Richard Zahlten, Die Unbeherrschbaren. Seiten 6 bis 17, „Dekan Julius Meister, Bräunlingen“, Dold-Verlag, Vöhrenbach, 1997).

Beispiele des „Klein-Klein“ im Vollzug der Gleichschaltung

Die Bräunlinger Ratsprotokolle 1933/1934, Zeitungsmeldungen und Dokumente aus dem Bräunlinger Pfarrarchiv geben etwas Einblick in das „Klein-Klein“ des Vollzuges der Gleichschaltung – sie dokumentieren einige Abläufe, die verdeutlichen, was „Gleichschaltung“ alles beinhalten konnte:

Zum einen waren es die großen Wechsel im Bürgermeisteramt und Stadtrat.

Deutlich waren auch die Straßen-Umbenennungen (17.08.1933 Protokoll, Stadt)

Hüfingerstrasse von Dr. Liede bis Stadttor:	Adolf-Hitler-Strasse
Hauptstrasse von Stadttor bis Baldus:	Robert-Wagner-Strasse
Waldstrasse von Baldus bis Oberbränd:	Gumpstrasse
Ledergasse von Hummel bis Nobs:	Dekan-Metz-Strasse
Unter der Stadt von Pfarrhaus bis Späth:	Horst-Wessel-Strasse

Oder auch die Einführung nationalsozialistischer Feiertage (1. Mai, Muttertag, etc.) mit entsprechenden Veranstaltungen. (vgl. Zeitzeugenaussagen).

Signifikant waren die Verbote der politischen Parteien und die Repression gegen die katholische Pfarrei, die kirchlichen Vereine und insbesondere gegen die beiden katholischen Geistlichen.

Die Gleichschaltung vollzog sich aber auch durch subtilere Dinge, wie z.B. Schickanierungen und Hintansetzungen der Vereine und Organisationen, die nicht auf NSDAP-Linie waren. So zum Beispiel die Veränderungen in der Turnhallen-Zuteilung – der katholischen Jugend wurde z.B. der Sonntagvormittag zugeteilt, also genau die Zeit, in der die katholische Jugend nicht abkömmlich war aufgrund des Sonntagsgebotes.

Zum „Klein-Klein“ gehören auch Beschlüsse für Anschaffungen von Bildern des Führers, von Ausgaben des Buches „Mein Kampf“, von Trommeln und Pfeifen, etc. etc.

Hier nun chronologisch einige Vorgänge aus den Jahren 1933/1934:

15.02.1933 Protokoll, Stadt: Säger Paul Dachs bittet namens der KPD um Überlassung der Turnhalle am 19.02.1933 für eine Wahlveranstaltung. Die Bitte wird abgelehnt, da die Turnhalle nur für turnerische, wissenschaftliche, heimatkundliche oder musikalische Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird. [Die damalige Turnhalle war ein Multi-Funktionsraum mit Festbühne – einige historische Fotografien können hiervon einen Eindruck geben].

1933 (vermutlich Februar): Bürgermeister Martin Müller, Stadtpfarrer Julius Meister und Vikar Martin Walter werden Ehrenräte der Narrenzunft Eintracht Bräunlingen, zugleich mit den nationalsozialistischen Brandstiftern Hans Müller-Brandeck und dem Heidelberger

Volkskunde-Professor Eugen Fehrle (belegt z.B. aufgrund der Ernennungsjahrangaben der Ehrenurkunde für Julius Graf vom 15.03.1936).

18.03.1933: In seinem Brief an den apostolischen Nuntius Eugenio Pacelli (Berlin) erwähnt Erzbischof Conrad Gröber den Prinzen Max von Fürstenberg im Sinne einer Brücken-Person zwischen Kirche und den Faschisten. Gröber war gegenüber dem Gedanken einer „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ (AKD), mit dem ihn Prinz Max von Fürstenberg vertraut gemacht habe, sehr aufgeschlossen. (Schwalbach, S.53).

28.03.1933 (Deutschland): Die katholischen Bischöfe heben die von ihnen für die damaligen Katholiken bislang ausgesprochenen antinationalsozialistischen Verbote und Warnungen auf.

29.03.1933: Ein Beitrag im Schwarzwälder Boten vom 24.02.2000 berichtet rückblickend zum 29. März 1933, Fasnacht-Montag, Bräunlingen: „Braune Gruppen marschierten 1933 mit. [...] Bei genauerem Hinsehen macht sich in der Zugordnung des Fasnet-Mentig schleichend der braune Einfluss bemerkbar, denn es marschieren 1933 je eine Bürgergruppe der ‚Partei Hubertshofen‘ und der ‚Partei Waldhausen‘ mit. Im angegliederten ‚Humoristischen Geschäftsanzeiger‘ traut sich nur eine [...] Gaststätte zu werben mit ‚Treffpunkt aller Parteigenossen ohne Ausnahme‘“.

Bis kurz vor Ende März 1933 besteht der bisherige Bräunlinger Gemeinderat aus der Weimarer Zeit (Protokollbuch, Stadt): Die acht Ratsmitglieder sind Wilhelm Brugger I (Allgemeine Bürgerpartei), Johann Ewald (Bauernpartei), Reinhard Fehrenbach II (Wählergruppe aller Stände), Johann Fürderer (Arbeiter-Partei), Carl Hornung (Zentrum), Johann Moser (Zentrum), Friedrich Straub (Wählergruppe aller Stände), Edwin Strobel (Arbeiter-Partei). Martin Müller ist Bürgermeister und Dr. Johann Baptist Hornung Ratsschreiber.

Am 29.03.1933 wird für Bräunlingen dokumentiert (Protokoll, Stadt) mit der Ausgrenzung der Kommunisten die erste Maßnahme zur Gleichschaltung vollzogen: „Durch Verfügung des Kommissars des Reiches vom 18.03.1933 dürfen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.02.1933 Mitglieder der kommunistischen Partei zur Sitzung des Gemeinderates nicht mehr eingeladen werden und auch zu sonstigen Dienstverrichtungen nicht herangezogen werden. Diese Verfügung nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis.“

Ebenso 29.03.1933 Protokoll, Stadt: Bei der Feier der Flaggenhissung auf dem Rathaus am 09.03.1933 hat der Ratsschreibergehilfe Ferdinand Hofacker die Redes des PG [Parteigenosse] Albicker aus Hausen vor Wald im Stenogramm festgehalten. Der Vertreter der NSDAP hat den Stenogrammblock eingezogen und die niedergeschriebene Rede daraus entfernt. Auf Bitte des Kreisleiters nimmt nun der Gemeinderat zu dem Vorfall Stellung. Er kann im Festhalten der Rede keine unerlaubte oder gar strafbare Handlung sehen. Hofacker hätte sich aber die Bemerkung „wegen des Fackelzuges vor der Wahl“ sparen können. Der Gemeinderat erteilt ihm daher eine Verwarnung und Mahnung zu größerer Zurückhaltung.

12.04.1933 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Erlass des Ministers des Innern – des Kommissars des Reichs – zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit

und Ordnung, hier die Auflösung der örtlichen Verbände betreffend, die Benutzung von Schulräumen und sonstigen schulischen Einrichtungen und Vermögensbeschlagnahme auf Grund der Anordnung vom 17.03.1933.

12.04.1933 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat nimmt das Gesetz zur Gleichschaltung, wonach der Gemeinde künftig vier Gemeinderäte und zehn Gemeindeverordnete zukommen, zur Kenntnis. [Bislang bestand der Bräunlinger Rat aus acht Gemeinderäten].

12.04.1933 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung zur Anschaffung von Bildern der führenden Männer der deutschen Erhebung sowie des Buches „Mein Kampf“ von Adolf Hitler für die hiesige Volksschule.

12.04.1933 Protokoll, Stadt: Beschluss: Die Turnhalle wird jeweils dienstags 5 – 10 [17.00 – 22.00] Uhr für Übungen der SA Sturmabteilungen freigegeben. Der untere Stock des Mühlentores wird künftig das SA-Heim beherbergen. Weitere Zuteilungen der Turnhalle werden dem künftigen Gemeinderat überlassen.

26.04.1933: Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat beschließt, den 1. Mai als Tag der Arbeit genau nach den Weisungen des Bezirksamtes im Einvernehmen mit den örtlichen Organisationen zu begehen. Zierreisig wird gestellt.

02.05.1933, vermutlich ST: „Bräunlingen, 2. Mai. (Maifeier). Anlässlich der Feier der nat. Arbeit war unser Städtchen reichlich beflaggt und mit Tannenreis geziert. Zum öffentl. Gottesdienst waren sämtliche Korporationen mit Fahnen angetreten. Die Schuljugend, die Stadtkapelle, die weltl. Behörden, der Krieger- und Militärverein, die freiw. Feuerwehr, Sanitätskolonne SS., Mannschaft, eine bürgerl. Gruppe Nationalsozialisten, der Turnverein, Jugendgruppe der DJK, der Gesellen- und Jungmännerverein und der Schützenverein waren erschienen. Im Festgottesdienst würdigte Herr Geistl. Rat Stadtpfarrer Meister in der Predigt die Bedeutung der Arbeit. Nach dem Festgottesdienst ging der Zug nach der städt. Turnhalle, in welcher Radioübertragungen stattfanden. Abends 7 Uhr bewegte sich der Umzug durch die Straßen unserer Stadt und von da wieder nach der Turnhalle. Herr Bürgermeister Müller hielt eine kurze Ansprache, worauf anschließend abermals durch Radioübertragung der großen Rede unseres Kanzlers gefolgt wurde. Dicht überfüllt war die Turnhalle und es war vielen nicht möglich, einen Platz zu bekommen. Es war auch in den hiesigen Lokalen möglich, durch Radio unseren Kanzler zu hören. So herrsche am 1. Mai ein freudig bewegtes Leben in unserem Städtchen. Viele waren auch nach unserer Nachbarschaft Donaueschingen geeilt, um den dortigen Umzug zu sehen. Hoffen wir, dass der 1. Mai mit seinem Erwachen auch dem deutschen Vaterlande einen neuen Frühling bringt und dass einst unsere deutsche Jugend die Früchte unseres harten Ringens einheimsen kann, dass es aber auch unserer jetzigen Regierung möglich ist, ihre Arbeitspläne verwirklichen zu können.“

16.05.1933 Protokoll, Stadt: Bürgermeister Martin Müller spricht dem Rat „Worte der Anerkennung für das harmonische Zusammenwirken aller, ohne Rücksicht auf Partei- oder Staatsinteressen“ aus. – Wenn ein Politiker solches sagt, ist in der Regel die Harmonie nicht mehr gegeben oder zumindest gefährdet. Müllers Aussage darf wohl als verzweifelter Appell in politisch bereits aussichtsloser Lage verstanden werden.

23.05.1933 Protokoll, Stadt [in dieser Ratssitzung wird sehr vieles behandelt und neu geregelt]:

Das Ratsgremium wird aufgrund des Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 05.03.1933 neu bestellt und von bislang acht auf jetzt nur noch vier Ratsmitglieder reduziert. Der jetzt reduzierte Gemeinderat von vier Mitgliedern besteht ab jetzt zur Hälfte aus Nationalsozialisten. Der neue Gemeinderat wird angeblich eine Amtszeit von vier Jahren haben. Von den bisherigen Gemeinderäten verbleiben zwei: Carl Hornung und Johan Moser. Die zwei neuen Nazi-Ratsmitglieder sind: Hugo Marx und Theodor Weißer (Ortgruppenleiter). Bürgermeister Martin Müller und Ratsschreiber Dr. Johannes Baptist Hornung bleiben noch im Amt. Die Ressorts des Gemeinderates werden neu besetzt: Carl Hornung ist zuständig für Schule, Museum, Sport, Vereinswesen und Denkmalpflege; Johann Moser für Ökonomiehof, Farren- und Eberhaltung und Viehzucht; Theodor Weißer für Wege, Gewässer, Wasserleitung, Brunnen, Feuerlösch- und Verkehrswesen; Hugo Marx für Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Waage und Schlachthaus.

Theodor Weißer unterbreitet dem Gemeinderat einen vom NSDAP-Rathausausschuss (Albert Hauser, Johann Wehrle, Dr. Wolf [und selbstredend wohl auch Theodor Weißer] verfertigten Antrag: 1. „Prüfung der Kassengeschäfte“; 2. „Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms für mindestens 200 Arbeitstage und Vergabe an ortsansässige Unternehmer“: Der Bürgermeister erklärt die eingeleiteten Maßnahmen. Die Vergabe an ortsansässige Unternehmer wird zum Beschluss erhoben; 3. „Vergabungen von Arbeitsleistungen, Lieferungen aller Art, Holzverkäufe, dürfen ohne Genehmigung des Gemeinderats nicht mehr durchgeführt werden, Rechnungen und Belege sind dem Gemeinderat vorzulegen“: Dieser Antrag wird zum Beschluss erhoben; 4. „Aufgrund der Stimmenmehrheit der NSDAP ist sofort ein nationalsozialistischer Bürgermeisterstellvertreter zu ernennen“: Der Antrag wird ohne Einspruch angenommen. Theodor Weißer erklärt, dass er für seine Person keinen Anspruch auf diesen Posten erhebe.

Der Armenrat soll sich aus dem Gemeinderat und Pfarrer Meister zusammensetzen. Bürgermeister Müller wird der Vorsitzende der Ortsbaukommission, Stellvertreter Theodor Weißer, Fachberater Adolf Blenkle und Hermann Hofacker. Das Ortsgericht setzt sich zusammen aus Bürgermeister Müller, Hermann Hofacker (Ortsgerichtsschreiber) und dem öffentlichen Schätzer Reinhard Fehrenbach (Stadtrechner). Der Ortsjugendrat bleibt bestehen wie bisher und vertritt den Gemeindewaisenrat: Dekan Meister, Fräulein Rolli, Reinhard Fehrenbach und Dr. Johannes Hornung.

Der Antrag der Deutschen Turner (Vorstand Ernst Frey) zur Überlassung eines dritten Übungstages in der Turnhalle wird abgelehnt; Ortsgruppenleiter Weißer beantragt die dem Gesellen- und Jungmännerverein erteilte Genehmigung zur zweimaligen Benutzung der Turnhalle in der Woche wieder zu entziehen. Der Antrag wird abgelehnt; der SA wird ein zweiter Übungstag genehmigt (Dienstag und Freitag); dem neugegründeten BDM (Bund Deutscher Mädels) wird die Nutzung der Turnhalle mittwochs von 15.00 – 17.00 Uhr genehmigt (Mitteilung an die Leiterin Klara Zandona). [Im Verlauf des Jahres kommen noch einige weitere Beschlüsse zur Turnhallenbenutzung hinzu. Es ist die Zeit der

Gleichschaltungsphase, die sich wohl auch im Ringen um die ab jetzt ideologisch bedingten Nutzungsmöglichkeiten der städtischen Einrichtungen niederschlägt].

31.05.1933 Protokoll, Stadt: Auf Vorschlag der NSDAP wird Theodor Weißer Bürgermeister-Stellvertreter. Auf Antrag des NSDAP-Rathausausschusses soll der Donau-Bote für das Rathaus abbestellt werden.

01.06.1933: Die Kreisleiterin der NS-Frauenschaft, Olivia Keller, richtet sich mit einem Schreiben an Stadtpfarrer Julius Meister mit der Aufforderung zur Amtsniederlegung als Beirat des Frauenvereins Bräunlingen: „Unsere politische Richtung entspricht erfahrungsgemäß Ihrer Einstellung so wenig...“ (PA 12.11).

07.06.1933 Protokoll, Stadt: Der NSDAP-Rathausausschuss stellt eine Reihe Anträge: 1.) „Kündigung von Verwaltungspraktikant Ferdinand Hofacker aus Gründen der Sparsamkeit“ (abgelehnt); 2.) „Entlastung Dr. Hornungs vom Fürsorgewesen“: Er übt diese Tätigkeit ehrenamtlich aus; 3.) „Verzicht der Beamten und Angestellten auf einen Teil der Gehaltsbezüge“: Der Bürgermeister und der Ratsschreiber haben diesen Verzicht bereits vollzogen, mit den Anderen sind Verhandlungen im Gange [Bürgermeister Müller und auch Ratsschreiber Hornung haben schon vor der Nazi-Zeit freiwillige Gehaltsverzicht geleistet, vgl. u.a. die Zeitungsmeldung vom 30.12.1930]; 4.) Aufforderung an Bürgermeister Müller sämtliche bezahlten Nebenämter niederzulegen oder ehrenamtlich zu verrichten: Er bezieht als Kirchenchorleiter kein Gehalt, die Vergütung seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Ortsvieh-Versicherung stellt er für wohltätige Zwecke innerhalb der Gemeinde zur Verfügung. Als Kontrolleur der Kreditkasse bezieht er 20 Mark monatlich. Er wird dieses Amt der Entscheidung der Generalversammlung anheimstellen; [...]; 8.) „Ausschleusung des neuen [katholischen] Turnvereins D.J.K. aus der Turnhalle und vom Sportplatz“: hierzu wird kein Beschluss gefasst, nachdem der Bürgermeister auf die einschlägige Verlautbarung des Reichssportkommissars hingewiesen hat.

16.06.1933, Protokoll, Stadt: An der Sommersonnwende soll das „Fest der Jugend 1933“ abgehalten werden. Hauptorganisator ist Hauptlehrer Frey. Zu der abendlichen Veranstaltung auf der Wiese am Käppele wird die Stadtmusik aufspielen. Die Stadt stellt das Material für das Johannisfeuer. Alle Verbände werden sich am Fest beteiligen. Für den „Badischen Jugendtag 1933“ wird eine Straßen- und Haussammlung durchgeführt. Hauptlehrer Niedermann wird als Ortsleiter bestimmt. Ihm werden Hauptlehrer Frey und Vikar Martin Walter zur Seite gestellt.

21.06.1933 Protokoll, Stadt: Die Kündigung des Ratsschreibergehilfen Ferdinand Hofacker aus Sparsamkeitsgründen hat keine Mehrheit gefunden. Nachdem aber seitens der NSDAP-Kreisleitung und der NSDAP-Rathausfraktion auch politische Gründe geltend gemacht werden, erfolgt die Kündigung zum 01.07.1933. Gemeinderat Carl Hornung und Bürgermeister Müller wollen den Vermerk im Protokoll, dass sich diese Kündigung aus persönlichen und dienstlichen Gründen nicht rechtfertigen lässt.

24.06.1933: Die drohende Auflösung der katholischen Verbände und Beschlagnahmung ihres Vermögens scheint in katholischen Kreisen bereits bekannt zu sein. Wohl präventiv und gerade noch rechtzeitig erstellt der katholische Gesellen- und Jungmännerverein ein detailliertes Verzeichnis seiner Besitzbestände inklusive Angaben des Materialwertes und

führt sie dem katholischen Kirchenfond zu. Am Ende der Liste heißt es: „Erklärung: Die unterzeichnenden Vorstandsmitglieder des Kath. Gesellen- und Jungmännervereins Bräunlingen erklären hiermit, dass die im obigen Verzeichnis genannten Gegenstände mit einem Gesamtwert von 2.240.RM Zweitausendzweihundertvierzig-RM Eigentum des Kath. Kirchenfonds Bräunlingen sein sollen, dem Verein aber zur unentgeltlichen Benutzung überlassen bleiben. Bräunlingen, den 24. Juni 1933. Gez. M. Walter, Präses; gez. F. Eckert; gez. K. Werner; gez. H. Jehle; gez. Ferd. Hofacker (II), Senior; gez. Martin Reichmann“ (StA, kirchliche Vereine).

24.06.1933 Protokoll, Stadt: Bürgermeister Müller bittet um Genehmigung des schon am 17.06.1933 als dringlich bezeichneten Erholungsurlaubes mit Wirkung vom 25.06.1933 zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit. Für den abwesenden Bürgermeister wird einmütig Theodor Weißer als Stellvertreter bestimmt. Er übernimmt mit den Schlüsseln das Amt.

26.06.1933, DB: „(Gemeindeverwaltung). Bürgermeister Martin Müller hat den Gemeinderat zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit, um Bewilligung eines mehrwöchigen Urlaubes gebeten. Der Gemeinderat hat dem Ersuchen entsprochen. Zum Bürgermeisterstellvertreter wird Gemeinderat Theodor Weißer [NSDAP-Ortsgruppenleiter] bestimmt.“ War Bürgermeister Martin Müller tatsächlich derart krank, dass er von sich aus um einen mehrwöchigen Urlaub bat oder bewegten ihn andere Motive? Jedenfalls war er ab dem 25.06.1933 beurlaubt; man kann dies rückfolgern aus einer Notierung im Protokollbuch vom 19.08.1933.

30.06.1933 Protokoll, Stadt: Der Obmann der Ortsgruppe des NS-Reichsbundes Deutscher Kriegsoffer bittet um Erweiterung der örtlichen Beratungsstelle. Zu den bisherigen Mitgliedern (Armenrat) treten hinzu: Konrad Baumann und Albertine Brugger, Stellvertreter sind Fritz Greiner und Marta Strobel (Witwe). Schreiben des Bezirksamtes „den Dienst des Bürgermeisters betreffend“. Nachdem Bürgermeister Müller mit Beschluss Nr. 1338 am 24.06.1933 seinen Urlaub erbeten und erhalten hat ohne Einwendungen des Gemeinderates, hat Ratsmitglied Theodor Weißer mit Wirkung vom 25.06.1933 die Stellvertretung übernommen.

01.07.1933: Überall im Deutschen Reich, so auch in Bräunlingen, werden die katholischen Gruppierungen und Vereine aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. Auch das Vermögen des Gesellenvereins (Kolping) wird beschlagnahmt, jedoch besteht er noch weiter, weil er internationalen Charakter hat. Das Schwarzwälder Tagblatt titelt in der Ausgabe vom 02.07.1933: „Die Hilfstruppen des Zentrums aufgelöst! D.J.K, Kreuzschar, Sturmschar, Windhorstbund usw. verboten und aufgelöst! Ihr Vermögen beschlagnahmt! Schlag auf Schlag!“. Ein Dokument der Ortspolizeibehörde Bräunlingen belegt: „Beschlagnahme-Bescheinigung! Wir bescheinigen, dass im hiesigen Kath. Pfarrhaus bzw. Jugendheim beschlagnahmt worden ist und zur Sicherstellung auf dem hiesigen Rathaus sich befindet: 1 „DJK“ Wimpel ; 2 „Jungschar“ Wimpel (männl.); 4 „Jungschar“ Wimpel (weibl.); 7 Wimpel-Speere. Bräunlingen, den 1. Juli 1933. Ortspolizeibehörde: J.V. – Weißer. (Siegel der Stadt).“ (StA, Kirchliche Vereine). – Dazu passt die Aussage von Johann Moser in seiner politischen Befragung 1945 vor der französischen Behörde: „Am 1. Juli 1933 wurde ich in meiner Wohnung von sechs SS-Leuten bewacht....“ (Buchteil 5).

02.07.1933, ST, Titelseite 1: „Die Hilfstruppen des Zentrums aufgelöst! D.J.K, Kreuzschar, Sturmschar, Windhorstbund usw. verboten und aufgelöst! Ihr Vermögen beschlagnahmt! Schlag auf Schlag!“ [ausführlicher Bericht].

02.07.1933, Anweisung des Erzbischofs bzgl. politischer Äußerungen.

09.07.1933 Protokoll, Stadt: Bürgermeister Martin Müller wird jetzt „aus gesundheitlichen Gründen“ von Ortsgruppenleiter Theodor Weißer vertreten. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Verfügung des Bezirksamtes vom 01.07.1933, wonach gegen Bürgermeister Müller gemäß § 74 der Badischen Gemeindeordnung das Dienststrafverfahren von amtswegen eingeleitet ist. Ebenso nimmt er Kenntnis von der Verfügung des Badische Bezirksamtes, wonach die Amtsenthebung des Gemeinderechners Reinhard Fehrenbach beantragt ist – aufgrund der dem Minister des Innern von der NSDAP-Gauleitung zugeleiteten Aufstellung – gemäß § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Beratung und Beschluß werden zurückgestellt.

14.07.1933 Protokoll, Stadt: Der Vorsitzende gibt den Ratsmitgliedern und den eigens geladenen Ausschussmitgliedern der inzwischen aufgelösten Zentrumspartei das Schreiben des Ministers des Innern vom 03.07.1933 zur „Durchführung der Gleichschaltungsgesetze“ bekannt. Er erwartet eine Stellungnahme und Äußerung von Seiten der beteiligten Gemeinderats- und Ausschussmitglieder.

23.07.1933, ST: „... Die Bevölkerung der Baar erwartet und bittet in aller Bescheidenheit den Herrn Erzbischof, dass er Abhilfe schafft, damit wieder Ruhe, Frieden und Vertrauen einkehre. Wir können nicht glauben, dass wir einem Geistlichen und Dekan gegenüber, der so schlecht die Geistlichkeit führt und noch dieser Tage gegen die Staatsautorität sich unglaublich zur Wehr setzte, auf verlorenem Posten stehen.“ (Buchteil 1).

15.08.1933 Protokoll, Stadt: Durch das Badische Bezirksamt werden zwei neue Gemeinderäte ernannt: Julius Brugger und Albert Hauser; „Die Gemeinderäte des Zentrums verzichten künftig auf ihr Mandat. [...] Durch den Verzicht der Mandatsträger des Zentrums ist das Werk der nationalen Erhebung auch in der Stadtgemeinde Bräunlingen vorangeschritten.“ – Die vier Bräunlinger Ratsposten sind ab jetzt also komplett im Sinne der Nationalsozialisten besetzt mit Julius Brugger, Albert Hauser, Hugo Marx und Theodor Weißer. Der Bürgermeister soll künftig ehrenamtlich arbeiten (Entschädigung 2000,- Reichsmark). Der Gemeinderat beauftragt zur Durchführung des Dienststrafverfahrens gegen Bürgermeister Müller einen Rechtsanwalt als Vertreter der Gemeinde. „Dem Geistlichen Rat Julius Meister und Vikar Walter entzieht der Gemeinderat und Bürgerausschuss das Vertrauen als Ortsgeistliche. Infolge ihrer jahrelangen Hetze in Wort und Schrift gegen die Nationale Erhebung“; „Infolge des gegen Bürgermeister Müller eingeleiteten Dienstverfahrens sowie wegen seines Verhaltens der nationalen Erhebung gegenüber, ist ihm das Vertrauen zu entziehen. Ein Zusammenarbeiten des derzeitigen Gemeinderates und Bürgerausschusses mit Bürgermeister Müller auf nationalsozialistischer Grundlage ist aussichtslos und vollständig ausgeschlossen“. Das Badische Bezirksamt hat dem Gemeinderat einen Schriftsatz vorgelegt, wonach dem Stadtrechner Reinhard Fehrenbach zu kündigen sei. Beschluss: Kündigung zum 01.11.1933. Die Kündigung erfolgt aus sozialen Gründen (Doppelverdiener). „Der Gemeinderat bringt zum Ausdruck, dass er es

nicht verstehe und auch nicht billige, dass eine Arbeitskraft mit etwa 51 Jahren in den Verwaltungsdienst eingestellt und in eine Beamtenstelle eingesetzt werde“. Die am 21.06.1933 auf 15.08.1933 ausgesprochene Dienstkündigung gegen Ratsschreibergehilfe Ferdinand Hofacker wird mit sofortiger Wirkung endgültig zurückgenommen. Das mit dem Ratsschreiber Dr. Hornung bestehende Dienstverhältnis wird auf 01.11.1933 gelöst. Kündigungsgründe: herabgeminderte Arbeitsfähigkeit und Dienstleistung; Umstellung im Verwaltungsbetrieb; Sparsamkeitsmaßnahme. Falls sich durch die eingetretene Erkrankung Erwerbsunfähigkeit ergibt, soll das gesetzliche Ruhegehalt gewirkt werden. Es werden jetzt Hilfsbedürftige von der Stadt beschäftigt: a) Ledige: 2 Tage; b) Ledige mit selbstständiger Lebenshaltung: 3 Tage; c) Verheiratete mit Ehefrau: 3 Tage; d) Verheiratete mit 1 Kind: 4 Tage; e) Verheiratete mit 2 Kindern und mehr: 5 Tage. Steht die Ehefrau in einem Erwerbsverhältnis, verringert sich die Beschäftigungsdauer um je einen Tag. [Hier dürfte es sich um die von den Nationalsozialisten im ganzen Deutschen Reich eingeleiteten „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ gehandelt haben].

09.08.1933 Protokoll, Stadt: Beschaffung von einigen Bildern von Reichskanzler Hitler.

17.08.1933 Protokoll, Stadt: Umbenennung von Straßen

Hüfingerstrasse von Dr. Liede bis Stadttor: Adolf-Hitler-Strasse

Hauptstrasse von Stadttor bis Baldus: Robert-Wagner-Strasse

Waldstrasse von Baldus bis Oberbränd: Gumpstrasse

Ledergasse von Hummel bis Nobs: Dekan-Metz-Strasse

Unter der Stadt von Pfarrhaus bis Späth: Horst-Wessel-Strasse

19.08.1933 Protokoll, Stadt: Antrag auf vorläufige Amtsenthebung von Bürgermeister Martin Müller wegen eines Dienststrafverfahrens.

25.08.1933 Protokoll, Stadt: Der neugebildete Reiterverein erhält die Turnhalle Montagabend. Der Bürgerausschuss hat am 19.08.1933 beschlossen, das Gehalt des beurlaubten Bürgermeister Müller auf 50% herabzusetzen. Beim Bezirksamt soll nun wegen des laufenden Dienststrafverfahrens „vorläufige Amtsenthebung“ beantragt werden.

21.09.1933 Protokoll, Stadt: Am Sonntag, 24.09.1933, veranstaltet der NSBO in der Turnhalle eine Versammlung der Arbeitsfront. Das Trommler- und Pfeiffenkorps des Turnverein DT erhält den Musikraum in der Schule an einem Abend pro Woche. Schreiben des Bezirksamtes, wonach dem Ersuchen des Gemeinderates um vorläufige Amtsenthebung des Bürgermeister Müller nicht entsprochen werden kann.

27.09.1933 Protokoll, Stadt: Der Badische Gemeindetag erwartet die Bereitstellung von kostenlosen Unterkünften für SA, SS, NSBO und Stahlhelm Männer. Hierzu soll die Einwohnerschaft aufgerufen werden. Die Stadt stellt als gutes Beispiel zwei Freiplätze für zehn Tage im Krankenhaus.

11.10.1933 Protokoll, Stadt: Überlassung des Gewerbeschulzimmers an die SA – Trupp Bräunlingen – am Dienstag- und Freitagabend sowie am Sonntagmorgen zur Abhaltung theoretischer Übungen und zur Unterrichtung. Bauunternehmer Remigius Simmerer ist HAGO-Leiter. Am Sonntag, 15.10.1933 ist in der Turnhalle eine Handwerker-Kundgebung. Dabei wird die Stadtmusik aufspielen.

17.10.1933 Protokoll, Stadt: Antrag der NSDAP-Rathausfraktion „die Neuwahl des Bürgermeisters durch den Bürgerausschuss und den Gemeinderat vornehmen zu lassen, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.“ Dem Antrag wird stattgegeben. Zustimmungen sind einzuholen beim Bürgerausschuss und beim Badischen Bezirksamt. Der NSDAP-Rathausausschuss hat den Antrag gestellt, dass die Bürgermeisterwahl durch den Bürgerausschuss vorgenommen wird (aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung).

21.10.1933 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Bescheid des Badischen Bezirksamt in Sachen Bürgermeister Müller. Der Reichsstatthalter hat auf Vorschlag des Staatsministeriums Bürgermeister Martin Müller aufgrund des §6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 23.06.1933 in den Ruhestand versetzt.

27.10.1933 Protokoll, Stadt: Gemeinderat Julius Brugger erhebt Privatklage gegen Franz Josef Scherzinger. Für die Zeit der bevorstehenden Wahl erhält die NSBO Befreiung von Ausschellgebühren. Die NS-Volkswohlfahrt erhält zur Unterstützung von bedürftigen Familien Dürrständerholz.

14.10.1933 Protokoll, Stadt: Die Wahl des Bürgermeisters soll am Samstag, 25.11.1933, stattfinden. Wahlleiter Hugo Marx, Beisitzer die Gemeinderäte Brugger und Hauser, Schriftführer Verwaltungspraktikant Ferdinand Hofacker. Wahlberechtigt sind die Mitglieder des Gemeinderates und des Bürgerausschusses.

04. u. 12.11.1933: „Bedauerlich ist die Tatsache der fortwährenden Übergriffe untergeordneter Stellen auf Geistliche meist wegen Dingen, die unwahr sind oder weit zurückliegen und die Unterdrückung der katholischen Presse in Bayern und Württemberg“, Sieben-Punkte-Notiz Erzbischof Conrad Gröbers zur Einschätzung der Lage (Schwalbach, S. 28f).

25.11.1933, DB Nr. 264: „Bürgermeisterwahl. Bräunlingen, 25. Nov., Heute Abend 7-8 Uhr ist hier Bürgermeisterwahl. Gemeinderat und Bürgerausschuss zusammen haben das aktive Wahlrecht. Wahlleiter ist Gemeinderat Matthäus Marx. Vorgeschlagen sind, so viel wir wissen, als Bürgermeisteramts-Kandidaten die 3 Gemeinderäte: Theodor Weißer, Julius Brugger II und Albert Hauser. Seit einiger Zeit war hier ein lebhaftes Hin- und Herreden, wer von den dreien der Glückliche sein werde. Dieser Ungewissheit wird nun endlich heute ein Ende bereitet“. Die andere Zeitung schreibt: „Bräunlingen, 25. Nov. (Bürgermeisterwahl.) Heute Abend 7 Uhr findet die Wahl des Bürgermeisters statt, nachdem der bisherige Bürgermeister Herr Martin Müller in den Ruhestand versetzt worden ist.“ – Es fällt auf: Julius Hummel wird hier nicht als einer der drei favorisierten Kandidaten für den Bürgermeisterposten genannt.

27.11.1933, DB Nr. 265: „Bräunlingen, 25. Nov. Die auf heute anberaumte Bürgermeisterwahl konnte eingetretener Hindernisse halber nicht stattfinden.“ – [Vielleicht lag dies an den nazi-internen Querelen, die von den Zeitzeugen erwähnt wurden; vgl. Buchteil 4, Zeitzeugen, interne Zählung Seiten 26 und 28].

28.11.1933 Protokoll, Stadt: Mitteilung des Bezirksamtes: „Bürgermeisterwahl in Bräunlingen. Nachdem die dortige Bürgermeisterwahl eingetretener Umstände verschoben werden musste, ersuche ich dafür besorgt zu sein, dass die Bürgermeisterwahl bis spätestens 28. Dezember 1933 durchgeführt ist.“ Dieses Schreiben wurde dem Gemeinderat in seiner Sitzung am 04.12.1933 zur Kenntnis gegeben – welche eingetretenen Umstände bzw. Hindernisse maßgebend waren ergibt sich aus der Aktenlage nicht. Die Treuhänder des Landes Baden über das marxistische Vermögen ersuchen um Schätzung der bisher dem Arbeiter-Turnerbund Bräunlingen gehörigen Grundstücke Liegenbuch Nr. 966 und Nr. 967 (je 250 RM).

01.12.1933 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Schreiben an das Ministerium für Kultus in Karlsruhe in Sachen gegen Dekan Julius Meister. An die gleiche Adresse einzusenden ist der Gemeinderatsbeschluss, wonach den beiden hier amtierenden Ortsgeistlichen das Vertrauen entzogen wird. Der Gemeinderat lehnt die Stellung von zwei Ster Holz für die Sakristeiheizung ab. Die Regelung des bisher unentgeltlich an das Pfarrhaus gelieferten Stroms wird zurückgestellt. Der Dienstvertrag mit Verwaltungspraktikant Ferdinand Hofacker soll erst nach der Bürgermeisterwahl abgeschlossen werden. Das Bezirksamt ordnet an, dass die Bürgermeisterwahl bis spätestens 28.12.1933 durchzuführen ist. Dem Bezirksamt soll zur Durchführung des Erbhofgesetzes bis zum 01.01.1934 das Verzeichnis A und B vorgelegt werden. Es sollen alle landwirtschaftlichen Betriebe, deren Inhaber deutschstämmig sind und die Besitzung zwischen 7,5 und 125 ha liegt, aufgenommen werden. Die Verwaltung hat bezüglich der „Ackernahrung“ ein gewisses Wort mitzureden. Eine Ackernahrung auf der Gemarkung Bräunlingen beträgt mindestens 10 ha.

06.12.1933 Protokoll, Stadt: In Sachen wegen Versetzung des Dekan Meister soll über die örtlichen Verhältnisse an Oberregierungsrat Grüninger in Karlsruhe berichtet werden.

18.12.1933, DB Nr. 282: „Bürgermeister Julius Hummel, Bräunlingen. Bräunlingen, 18. Dez. Zum kommissarischen Bürgermeister von Bräunlingen wurde auf 1 Jahr der hiesige Bürgersohn Herr Julius Hummel ernannt. Der Ernannte ist hier bestens bekannt als ein gerecht denkender und charakterfester Mann. Möge es ihm auf Grund dieser Eigenschaften, die ihn auszeichnen, im Laufe des Jahres gelingen, das Vertrauen der gesamten Einwohnerschaft zu gewinnen. Wir wünschen ihm aufrichtig volles Gelingen, Glück und Gottes Segen dazu.“

19.12.1933, ST Nr. 292: „Bräunlingen (Kommunalpolitik) Durch Pg. Kreisleiter Sedelmeyer wurde Herr Julius Hummel als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt, bzw. zur Einsetzung durch die badische Regierung in Vorschlag gebracht. Für die auf Weisung der Kreisleitung aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Mitglieder werden als Gemeindeverordnete neu aufgestellt: Wilhelm Baumeister, Johann Schwörer, Mathias Nobs, Leo Schubnell, Georg Graf, Fritz Nobs, Adelbert Scherzinger und Ernst Friedrich.“

22.12.1933 Protokoll, Stadt: Zur Amtskette des Bürgermeisters wurde ein Hakenkreuz beschafft. Franz Josef Scherzinger hat sich beim Bezirksamt über verwandtschaftliche Beziehungen der Gemeinderäte Julius Hummel und Albert Hauser beschwert. Die Zusammensetzung des Gemeinderates sei deshalb ungesetzlich. Die beiden Gemeinderäte sind jedoch nicht verwandt sondern nur entfernt verschwägert. Der Gemeinderat sieht in den wiederholten Beschwerden von Franz Josef Scherzinger eine Sabotierung der Aufbauarbeit. An die Kreisleitung der NSDAP soll dieserhalb ein Schreiben gerichtet werden.

23.12.1933: Anklagen gegen Vikar Martin Walter [Rückschluss aus anderen Schreiben; das eigentliche Klagedokument liegt uns nicht vor].

30.12.1933 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Schreiben des Ministers für Kultus, Unterricht und Justiz in Sachen Dekan Meister vom 21.12.1933. In der Silvesternacht sollen um 24 Uhr die Glocken der Stadtkirche geläutet werden. Das Pfarramt ist zu verständigen, eine Abteilung der SA ist mit der Durchführung zu beauftragen.

1934: Siedlungsbau am Palmbuck: zehn Reihenhäuser werden gebaut (siehe unten, 16.02.1934); Entkiesung des Gebietes entlang der Breg [Material für den Kasernenbau in Donaueschingen]. Während der folgenden Jahre werden in der NS-Zeit in Bräunlingen unter anderem folgende Bauprojekte realisiert: Bau der Reichenauer Straße, Bau von privaten Wohnhäusern, Entfernung der Dampfmaschine und Einrichtung einer Wäscherei im E-Werk.

02.01.1934 Protokoll, Stadt: Die Firma Scherzinger möchte unbedingt ein Los aus der letzten Holzversteigerung. Sie sei auf das Holz angewiesen. Aus der Arbeiterschaft meldet sich Betriebszellenwirt Werner mit dem gleichen Ersuchen. Der Ortsleiter Arbeitsfront betont, dass Scherzinger zwei Mann beschäftigen könnte, wenn ich das Holz überlassen werde. In Hinblick auf das zu erwartende Entgegenkommen Scherzinger bei der Stromklemme genehmigt der Gemeinderat den Kauf unter der Bedingung, dass Scherzinger für drei Monate zwei zusätzliche Arbeiter einstellt. Zur Linderung der Stromknappheit (die Firma Mez müsste eine Anzahl Arbeiter entlassen) werden die Betriebe Scherzinger und Schmidt zu Nachtarbeit verpflichtet. Sie erhalten Lichtstrom unentgeltlich.

05.01.1934 Protokoll, Stadt: Das Bezirksfürsorgeamt überweist der Gemeinde für 525 RM Bedarfsdeckungsscheine für Kleider und Schuhwerk. Jeder Hilfsbedürftige erhält einen Bezugsschein über fünf Mark. Die Waren werden am hiesigen Platz eingekauft. Der „Völkische Beobachter“ wird als Behördenblatt bestellt. Im Einvernehmen mit dem Ortsbauernführer wird die Größe für eine „Ackernahrung“ im Sinne des Reichserbhofgesetzes für Bräunlingen auf 15 ha festgesetzt. Verwaltungspraktikant Ferdinand Hofacker gibt bekannt, dass er sich künftig bei Holzkäufen durch die Firma Scherzinger aus dem Sitzungsraum entfernt, um das Aufkommen von Vermutungen oder Missdeutungen von vornherein auszuschließen. [Ferdinand Hofackers Frau Frieda entstammte der Sägewerksbesitzerfamilie Scherzinger].

09.01.1934: Untersuchung eines Gestapo-Mannes in Bräunlingen bzgl. der Verbreitung der Broschüre „Christus oder Hitler“ [Rückschluss aufgrund der Erwiderung des Pfarrers auf die Vorwürfe der Kreisleitung vom 13.04.1934].

10.01.1934 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat stellt der Narrenzunft Eintracht auf Antrag einen Reisekostenzuschuss von fünfzig RM zur Verfügung zur Teilnahme einer Abordnung an einer Vorführung im Landestheater. Holzspende von 1,5 Festmeter zur Erstellung einer Fliegerhalle auf dem Wartenberg.

16.01.1934 Protokoll, Stadt: Nachricht des Ministeriums für Kultus, Karlsruhe: „Darnach ist die beschleunigte Versetzung [der beiden Ortsgeistlichen, Red.] beim erzbischöflichen Ordinariat beantragt“. Der Gemeinderat stellt 13,20 RM bereit für hilfsbedürftige Schüler zum Besuch des Jugendfilmes *Hitlerjunge Quex*. [Auch in der Folgezeit werden für ähnliche Filme Gelder bereitgestellt]. Der eingegliederte Staatsanzeiger wird abbestellt, an seiner Stelle wird der Staatsanzeiger aus dem „Führer-Verlag“ Karlsruhe bestellt. Der Freiwilligen Feuerwehr wird ein angemessener Betrag zur Beschaffung einer Fahne in Aussicht gestellt. [Ortsgerichts-]Ratschreiber und Grundbuchhilfsbeamter Hermann Hofacker hat am Sonntag, 07.01.1934, im „Zacher“ unflätige und beleidigende Äußerungen über den Gemeinderat gebraucht. Der Gemeinderat verwahrt sich entschieden gegen derartige Ausschreitungen eines Gemeindebeamten und lässt ihn letztmals warnen. Geldbuße 10 RM. Der Beschluss wird im „Zacher“ angeschlagen. Derzeit schwirren Gerüchte in der Gemeinde, wonach der Gemeinderat zum Nachteil der Gemeinde Nutzholz veräußert habe. Der Gemeinderat sieht nach gepflogenen Erhebungen Förster Karl Reichmann als Urheber des Gerüchtes an. Er warnt Reichmann ganz entschieden und setzt eine Ordnungsstrafe von 10 Mark fest. Der Beschluss wird im „Zacher“ angeschlagen.

19.01.1934 Protokoll, Stadt: Bescheid des Ministeriums, Karlsruhe, an den Bräunlinger Gemeinderat: „Ich habe heute die beschleunigte Entfernung des Dekan Meister und des Vikar Walter aus Bräunlingen beim Erzbischöflichen Ordinariat beantragt“.

22.01.1934: Ordinariat, Anschreiben an die Pfarrvorstände, badischen Anteils, in Sachen Erfassung „Die Arbeitsverhältnisse in den Pfarreien“; 27.01.1934: Auflistung der Daten für Bräunlingen durch Pfarrer Julius Meister (PA, 17.21).

24.01.1934 Protokoll, Stadt: Schreiben des Ministers für Kultus, Sport und Justiz vom 19.01.1934 in Sachen Verhalten des Dekan Meister und Vikar Walter. Danach ist die beschleunigte Versetzung beim Erzbischöflichen Ordinariat beantragt.

28.01.1934 Protokoll, Stadt: Dem Verwaltungspraktikanten Ferdinand Hofacker, welcher seit 01.08.1933 die Geschäfte der Ratsschreiber-Kanzlei wahrnimmt, wird mit Wirkung vom 01.11.1933 eine monatliche Dienstvergütung von 150 RM netto genehmigt. Seine bisherige Dienstvergütung betrug monatlich 120 RM. Antrag von Ortsjugendführer Lehrer Willy Niedermann zur ansehnlichen Unterstützung bei der Beschaffung Trommeln, Fahnen und Wimpeln für die Hitlerjugend und das Jungvolk. Die Jungens könnten von zuhause mehr Geldmittel nicht erhalten. Es liege im öffentlichen Interesse, wenn Jungvolk und Hitlerjugend möglichst zahlreich im Braunhemd marschiere. Als Ortsjugendführer sei er zur Erziehung der hiesigen Jugend im nationalsozialistischen Geiste verpflichtet. Der Gemeinderat ist gerne bereit, die HJ und das Jungvolk als die kommenden Vertreter des Dritten Reiches nachdrücklich zu fördern. Es werden 30 RM überwiesen.

[Zwischen „Ortsjugendführer“ Lehrer Willy Niedermann und den beiden katholischen Ortsgeistlichen, Pfarrer Meister und Vikar Walter, knirschte es ständig. Vikar Walter war ein

begnadeter Jugendseelsorger und somit der Hauptkonkurrent zur Hitlerjugend. Ortjugendführer Niedermann versuchte mit allen Mitteln, die katholische Kinder- und Jugendarbeit zu behindern oder zur Auflösung zu bringen und die dort organisierten Mädchen, Buben und Jugendlichen zu schikanieren. Die Bräunlinger Nazis betrieben ihr Möglichstes, um Vikar Walter schnellstens wegzubekommen. Dies gelang ihnen bald: Am 7. März 1934 musste Vikar Walter Bräunlingen verlassen. Eineinhalb Jahre später mobilisierte Nazi-Lehrer Willy Niedermann Kinder und Jugendliche für die Schmä-Veranstaltung gegen Stadtpfarrer Meister vor dem Pfarrhaus am 22. September 1935].

31.01.1934: Schreiben einiger Bräunlinger Parteigenossen bzgl. der Ortsgeistlichkeit an das Ministerium des Innern [Rückschluss aus dem Schreiben vom 09.03.1934].

Im Vorfeld des Protokolls vom 06.02.1934 (vgl. weiter unten) erfolgte bereits eine erste schriftliche Stellungnahme von Dekan Julius Meister zu Vorwürfen, die vermutlich im Schreiben vom 31.01.1934 gegen ihn erhoben wurden, z.T. „meines Wissens vom Gemeinderat Donaueschingen“ (Julius Meister). Die Seiten ab Punkt 9 liegen nicht vor, daher keine Datierung und keine Unterschrift (PA 12.11). Die Vorwürfe bzw. Punkte, zu denen Julius Meister Stellung zu nehmen hatte:

1. Stellungnahme auf der Kleruskonferenz unmittelbar vor der Wahl am 01.11.1933 gegen die „Reichsregierung“.

2. Geheime Wühlerei vor der Wahl am 12.11.1933 und darauffolgend der schlechte Wahlausgang.

3. Die Erntedankpredigt am 01.10.1933 sei nur mit wenigen Worten auf dieses Fest eingegangen, obwohl der Gemeinderat in einem eigenen Schreiben an das Pfarramt eine Erntedankpredigt gewünscht hätte.

4. Nichterwiderung des „Deutschen Grußes“

5. Sich-Sperren gegen die Hitlerfahne im 1. Mai-Gottesdienst

6. Durchbrechen der „Nationalen Front“ durch Abhalten einer pfarreilichen Weihnachtsfeier

7. Wegweisung einer Beichtwilligen

8. Hinderung eines Wachsens der Jugendorganisationen der NSDAP in Bräunlingen durch Wirken von Pfarrer Julius Meister und Vikar Martin Walter.

06.02.1934: Julius Meister spricht im Ordinariat Freiburg bei Generalvikar Dr. Rösch vor und nimmt Stellung zu den dem Minister des Kultus und Unterrichts vorgetragenen Beschwerden. Hierzu mehrseitiges Protokoll zu den einzelnen Punkten (PA):

1. Einwirkung auf Wahl vom November 1933 auf der Kongregationsversammlung der Geistlichen

2. (Teil-) Schuld am schlechten Wahlausgang in Bräunlingen

3. Manipulation des „Weissen Sonntag“ in Pfohren (als Reaktion auf das Geschehen um die Inhaftnahme des Pfarrvikars Reichgauer)
4. Hinderungen im Zusammenhang mit der Auflösung der „Zentrums-Nebenorganisationen“ (gemeint sind die katholischen Einrichtungen)
5. Nichterwiderung des „Deutschen Grußes“
6. Nichtheissen der Hitlerflagge
7. Hetzpredigten
8. Sich-Sperren gegen Hitlerfahne im 1. Mai-Gottesdienst
9. Keine rechte Erntedankpredigt
10. ähnlich wie 8.
11. ähnlich wie 4.
12. Nicht-Einladung zu kirchlichen Feiern
13. Werbung für die Zentrums Presse
14. Ungenügen bzgl. NS-Wohlfahrt (Winterhilfswerk ...)
15. Verweigerung einer gemeinsamen Christbaumfeier
16. ähnlich wie 13.
17. Ungleichbehandlung bei Kommunion und Beichte
18. Versteckte Hetzerei gegen die „nationale Erhebung“
19. Winterhilfswerk, vgl. 14.
20. Nichtteilnahme an den Sitzungen des Winterhilfswerks
21. Kommunionverweigerung
22. Theatralischer Hass
23. weitere Beschwerde bzgl. „Weißer Sonntag“ in Pfohren
24. Entzug des Vertrauens in Julius Meister durch den Bräunlinger Gemeinderat
25. Verbreitung der Broschüre „Christus oder Hitler“
26. Wegweisen von Beichtwilligen

07.02.1934 Protokoll, Stadt: Förster Karl Reichmann hat sich beim Bezirksamt über die Verwarnung und Geldbuße beschwert. Er sei nicht der Urheber des Gerüchts über den Holzverkauf zu Ungunsten der Stadt. Er versteigt sich sogar zu einer Denunzierung des Bürgermeister-Stellvertreters. Die Beschwerde wird zurückgewiesen. Theodor Weißer behält sich weitere Schritte wegen Denunzierung vor. Nach der Vergütung des Anerbengerichts ist

für das Gebiet Bräunlingen ein Mindestbesitz von 12 ha notwendig zur Anerkennung der „Ackernahrung“ im Sinne des Erbhofgesetzes. Da die Werkabende in der Turnhalle an die Wehr- und Sportverbände vergeben sind, erhält die DJK die Halle am Sonntag Mittag. Der Gemeinderat bringt zum Ausdruck, dass es möglich sein sollte, die sporttreibende Jugend in einer Sportorganisation und das wäre der Turnverein DT zu vereinigen.

[Diese Entscheidung und der Wunsch des Gemeinderates, den Sport in *eine einzige, d.h. dann gleichgeschaltete* Organisation zu bündeln, muss als massive Maßnahme gegen die erfolgreiche Arbeit Vikar Martin Walters gesehen werden. Außerdem war das jetzt noch einzige Angebot, die DJK-Turnhallen-Stunden am Sonntag-Nachmittag abzuhalten, reine Heuchelei und Provokation: die Geistlichen und die praktizierenden Katholiken hatten sich an das Sonntagsgebot zu halten, ein Sporttraining Sonntagnachmittags war für Katholiken undenkbar. Ergänzend zu dieser Provokation muss gesehen werden, dass die Hitlerjugend ihre Termine auf den Sonntagvormittag legte, der für Katholiken für die Sonntagspflicht (Messe) vorgesehen und somit für andere Aktivitäten tabu war].

08.02.1934: Stadtpfarrer Meister: Nachtrag u. Ergänzung zum Protokoll vom 06.02.1934 (PA).

08.02.1934: Schriftliche Erwiderung des Vikar Martin Walter auf die am 23.12.1933 gegen ihn erhobenen Anklagen (PA):

1. *Nichterwiderung des „Deutschen Grußes“*
2. *Arbeiten gegen die Nationale Erhebung auch nach dem 30.01.1933*
3. *Ohrfeigung eines Schülers in Zusammenhang mit dem Hitlergruß*
4. *Politische Stellungnahmen*
5. *Kommunistenfreundlichkeit*
6. *Nichterheben der rechten Hand beim Singen nationaler Lieder*
7. *Nichtloyalität gegenüber dem neuen Staat*
8. *Propaganda gegen die HJ und SA*
9. *Bevorzugungen/Hintanstellungen beim Kommuniongang*
10. *und weiteres*

12.02.1934: Beschwerdeschreiben des Ordinariates an den Minister des Kultus u. der Justiz bzgl. „taktlosem und unpädagogischen Verhaltens“ von Lehrer Willi Niedermann mit Ersuchen um Verwarnung und Versetzung des Lehrers – und Bitte um Mitteilung des Veranlassten., Abschrift an das Pfarramt (PA).

13.02.1934: Antwortschreiben des Ordinariates an den Minister des Kultus u. der Justiz bzgl. „Verhalten des Dekans Meister und des Vikars Walter in Bräunlingen“: Generalvikar Rösch

verteidigt den Pfarrer und den Vikar und fordert die Verwaltung bzw. die „Parteiinstanzen der NSDAP“ auf, das nötige im Sinne einer Beruhigung der Gemüter zu tun (PA).

16.02.1934 Protokoll, Stadt: Bericht von Theodor Weißer über die Strombezugsangelegenheit Bürgermeister a.D. Müller. Er sei zur Überzeugung gekommen, dass der Ratsbeschluss vom 11.04.1929 auf falschen Informationen des Gemeinderats durch Bürgermeister Müller beruhe. Es sei damals nur Strom für die Notbeheizung des Zimmers zur Verfügung gestellt worden. Da jedoch ein Futterrohr vorhanden gewesen sei, hätte ein Ofen eingebaut werden können. Bürgermeister Müller habe seit 1925 zu Unrecht und zum Schaden der Gemeinde Strom bezogen, allein im Winter 1928/29 nach Angaben des Betriebsleiters ca. 6.000 KW. Bei der Staatsanwaltschaft Konstanz soll nun ein Untersuchungsverfahren eingeleitet werden. Der Vorsitzende wird beauftragt, Vorarbeiten für die Kleinsiedlung [am Palmbuck] in Angriff zu nehmen. Wegen der Beschwerde von Karl Reichmann soll gegen Gastwirt Hugo Brugger und gegen Landwirt Konstantin Hornung Strafantrag wegen Beleidigung gestellt werden. Die Versetzung des Dekan Meister und Vikar Walter ist immer noch nicht vorgenommen. Beim Ministerium für Kultus und Unterricht soll eine Beschleunigung erreicht werden. Die Versorgungsanwartschaft für Bürgermeister a.D. Müller soll aufrecht erhalten werden, da kein schuldhaftes Verhalten für das Ausscheiden vorliegt.

20.02.1934: Anweisung an Vikar Martin Walter, bisher Bräunlingen, zur Verwaltung der Pfarrei Dielheim. Dienstantritt zum 8.März 1934 (PA, 12.2).

26.02.1934: Schreiben des Bräunlinger Gemeinderates an den Minister des Kultus bzgl. des Verhaltens von Pfarrer Meister und Vikar Walter. Erneutes Drängen auf „beschleunigte Entfernung“ der beiden, unter Bezugnahme auf den Bescheid des Ministeriums vom 19.01.1934 (PA, 12.2).

01.03.1934: Anweisung von Vikar Alfred Burger als Vikar, bisher in Neuenburg, nach Bräunlingen. Dienstantritt zum 8.März 1934 (PA, 12.2).

01.03.1934 Protokoll, Stadt: Nach Mitteilung der Badischen Staatskanzlei Karlsruhe vom 28.09.1933 ist Bürgermeister a.D. Müller in den Ruhestand versetzt. Nach der Verfügung des Bezirksamtes vom 16.10.1933 tritt die Versetzung in den Ruhestand mit dem 31.01.1934 in Kraft. Mit Wirkung vom 1. Februar 1934 werden 40 % der bisherigen Bezüge als Ruhegehalt gewährt, das sind 1.844,80 RM pro Jahr. Diese Regelung hat Gültigkeit bis zum Abschluss des angestrebten und noch laufenden Dienststrafverfahrens gegen Bürgermeister a.D. Müller. Zum 1. März wird der „Völkische Beobachter“ aus Sparsamkeitsgründen abbestellt. Dafür wird die „National-Sozialistische Gemeinde“ bestellt. Die Kündigung gegen den Rechner Reinhard Fehrenbach wird zurückgenommen, da dieser erklärt hat, dass er nach der Zurruesetzung den auf die Gemeinde entfallenden Anteil am Ruhegehalt selber übernehmen wolle. Am 2. März veranstaltet die NS Bauernschaft einen Vortrag mit Kreisbauernführer Albicker in der Turnhalle. Das Pfarrhaus hat ab dem 06.12.1933 Stromgebühren zu bezahlen, wie jeder andere auch.

05.03.1934 DB: Dienstende Vikar Walter und Dienstbeginn Vikar Burger, vorgesehen zum 08.03.1934 [Kurzmeldung].

06.03.1934: Schreiben der Gauleitung der NSDAP Hauptabteilung III, Kommunalpolitik, Karlsruhe, in der Angelegenheit Bräunlingen [vgl. Schreiben vom 09.03.1934], adressiert an den Kreisleiter [Sedelmeyer] und an den Kreiskommunalreferenten [vermutlich Dr. Schmoll]. – Dieses Schreiben behandelte vermutlich die Auseinandersetzungen um die Bürgermeisterwahl.

07.03.1934: Letzter Dienstag Vikar Martin Walters / 08.03.1934: Erster Dienstag Vikar A. Burger. „Mit dem neuen Vikar Alfred Burger kommt das katholische Vereinsleben alsbald zum völligen Erliegen“ notiert es das Schriftführerbuch der Kolpingfamilie (Stadtarchiv, AS 200).

09.03.1934: Schreiben des NSDAP-Kreisleiters und des Kreiskommunalreferenten an die Gauleitung der NSDAP, Hauptabt. III, Kommunalpolitik, Karlsruhe. Stellungnahme zu den Schreiben „einiger Bräunlinger Parteigenossen“ an das Ministerium des Innern vom 31.01.1934 (PA):

- Jugenderziehung und Vikar Walter: Zustimmung zur „nun endlich durchgeführten Versetzung des Vikar Walter mit Hinweis, dass dieser „nur der Arbeiter des viel schlimmeren Nazihassers Dekan Meister“ war.

- „...der viel schlimmere Nazihasser Dekan Meister, der nach wie vor in schönster Ruhe auf seinem Posten verbleibt, obgleich er der geistige Inspirent sämtlicher, von geistlicher Seite in die Wege geleiteten Gegenmaßnahmen gegen alles was wir versuchten, war und heute noch ist. Auch wir haben Verständnis für Milde, aber in diesem Falle geht nach unserem Dafürhalten die Rücksicht zu weit. Dieser Dekan Meister und der eng mit ihm befreundete Bürgermeister a.D. Müller werden unsern Parteigenossen in Bräunlingen noch manche Suppe einbrocken und das Leben sauer machen. Dies nicht zuletzt durch die anscheinend sehr guten Beziehungen zu sehr hohen und einflussreichen Stellen in Karlsruhe“.

13.03.1934: Schreiben des Kultusministers (Nr. C.8768) an das Ordinariat betreffend Lehrer Willy Niedermann [dazu: vorausgehendes Schreiben des Ordinariates vom 12.02.1934 und nachfolgendes Schreiben des Ordinariates vom 21.03.1934]. Hierin wird versucht, die Vorwürfe Julius Meisters gegen Lehrer Niedermann zu relativieren und dem Pfarrer Rachemotive zu unterstellen. Das Ministerium hält weitere Maßnahmen in dieser Angelegenheit für nicht geeignet (PA).

13.03.1934: Julius Hummel wird als Bürgermeister von Bräunlingen ernannt.

14.03.1934 Protokoll, Stadt: Nach dem Gesetz vom 06.03.1924 werden die Bürgerausschüsse und die Gemeindeversammlungen aufgehoben. Die Zuständigkeiten gehen auf den Gemeinderat über.

19.03.1934 Protokoll, Stadt: Mitteilung vom 13.03.1934: Julius Hummel ist auf zwei Jahre zum Bürgermeister ernannt. Der jederzeitige Widerruf der Bestellung ist vorbehalten. Jahresgehalt 2.500 RM. Der Gemeinderat besteht darauf, dass die Tätigkeit eine ehrenamtliche ist.

21.03.1934: Ordinariat an das Pfarramt in Angelegenheit Lehrer Niedermann mit Wiedergabe der Erwiderung des Kultusministeriums vom 13.03.1934 (PA).

21.03.1934 Protokoll, Stadt: Erste Gemeinderatsitzung unter dem Vorsitz des neu ernannten Bürgermeisters Julius Hummel.

28.03.1934 Protokoll, Stadt: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Schreiben des Bezirksamtes, nach welchem die Geschäftseröffnung im Hause Markus Dold, Blaumeerstrasse, durch Kaufmann Zimmt – Web- und Wollwaren, Glas, Porzellan und Eisenwaren – genehmigt ist. Ein Rechtsmittel steht dem Gemeinderat nicht zu. Am 21.03. 1934 wurde Bürgermeister Julius Hummel vor dem Bezirksamt verpflichtet. Das Amt hat entschieden, dass der Dienst hauptamtlich ist. Mit Wirkung vom 01.04.1934 erhält Verwaltungspraktikant [Ferdinand] Hofacker eine Monatsvergütung von 180 RM.

29.03.1934: Schreiben des Bezirksamtes Donaueschingen an die NSDAP-Kreisleitung betr. des Verhaltens des Julius Meister [vgl. Schreiben vom 13.04.1934] (PA).

11.04.1934: Schreiben der NSDAP-Gauleitung Baden an die NSDAP-Kreisleitung Donaueschingen: Verhältnisse in Bräunlingen. Gestapo berichtet, „dass Ortsgruppenleiter Weißer ein Unterwühlen der geschlossenen Front zwischen Bürgermeister und Ortsgruppe nur durch die früheren Zentrumspartheiler, die heute noch geschlossen hinter dem Dekan Meister stehen fürchtet. In diesem Zusammenhang ist beachtlich, dass eine Missstimmung gegen den [Bräunlinger NSDAP-] Gemeinderat [Hugo] Marx herrscht, weil dieser in letzter Zeit sehr oft und auffallend lange bei dem Dekan Meister sich aufhält. Wir bitten daher, bei der ersten besten Gelegenheit den Marx auszuschiffen und einen nicht vom Zentrum ‚infizierten‘ Gemeinderat an dessen Stelle zu setzen“ (PA).

11.04.1934 Protokoll, Stadt: Anschaffung einer Radioanlage mit Lautsprecher, Verstärker und Mikrophon, damit jeder Gemeindebürger an den über den Rundfunk stattfindenden Kundgebungen teilnehmen kann.

13.04.1934: Schreiben der NSDAP-Geschäftsführung (Kreisleiter und Kreisgeschäftsführer) an das Bezirksamt Donaueschingen betr. politisches Verhalten des Julius Meister [bezugnehmend auf das Schreiben des Bezirksamtes vom 29.03.1934] (PA). Auf folgende Punkte wird eingegangen:

zu 1) Vortrag anl. der Kleruskonferenz vor der Wahl im Nov. 1933

zu 2) Schlechter Wahlausgang: die Nein-Stimmen sind im Lager des Julius Meister und Bürgermeister a.D. Martin Müller zu finden.

zu 3) „Weißer Sonntag“ in Pfohren: die Schuld liegt bei Julius Meister und Meinrad Walter.

Zu 4) Dek. Meisters Weigerung/Hinderung bzgl. des Einschreitens gegenüber den katholischen Organisationen

Zu 5) Nichtausführung/ Nichtannahme des deutschen Grußes

Zu 6) Arbeit gegen den Nationalsozialismus

Zu 7) Redewendung „Irrlehre nationalsozialistischer Prägung“; es sind nicht nur 20 – 30, die die Versetzung Julius Meisters wünschen, denn 80 % der Bevölkerung stehen hinter Th. Weißer, der den Wegzug des Julius Meister fordert.

Zu 8) Nichtehrung der Hitlerfahne = Versündigung gegen Volk und Staat

Zu 13) Abwehr gg. das Schwarzwälder Tagblatt von der Kanzel aus und Empfehlung der katholischen Presse.

Zu 17) Beeinflussung politischer Art bei der Beichte („Eine echt jesuitische Entschuldigung“)

Zu 18) Einflussnahme Julius Meisters (Wühlen/Verhetzung) auf manche Personen, die gegen die Parteigenossen arbeiten, die mit der Führung betraut sind.

Zu 21) Kommunion ist ein Gnadenmittel und kein Strafmittel.

Zu 22) Dekan Meister ist verbündet mit der intellektuellen Führungsschicht, aus welcher sich die frühere Zentrumsführerschicht rekrutiert, die heute noch in Opposition zu der NS steht.

Zu 24) Die inneren Angelegenheiten der Partei im Zusammenhang mit der Aufgabe der Kandidatur des Theodor Weisser und die Absetzung der acht Gemeindeverordneten dürfen von Julius Meister nicht in Zusammenhang mit kirchlichen Belangen gebracht werden.

Zu 25) heute uninteressant, damals bodenlos gemein.

Zu 26) möglich, aber als Politiker kein Interesse daran.

Desweiteren wird im Schreiben festgestellt, dass das in letzter Zeit an den Tag gelegte gemäßigte Verhalten des Julius Meister nicht aus Einsicht, sondern aus Opportunismus geschieht. Außerdem halte sich der Parteigenosse Marx in letzter Zeit sehr oft und auffällig lange bei Julius Meister im Pfarrhaus auf. Auf diese Weise gewinne der Pfarrer auf Umwegen seinen alten Einfluss zurück. Eine Amtsenthebung des Gemeinderats Marx genüge nicht.

17.04.1934: Erklärung des Stadtmesners Müller (Donaueschingen) zu den Vorwürfen, die in Zusammenhang mit seiner Person gegen Julius Meister gemacht wurden bezüglich Hitlerfahnen und Zugeständnissen [wohl Vorwürfe u.a. 13.04.1934; vgl. späteres Schreiben vom 22.08.1934]. – Möglicherweise besteht hier, da es sich um den Stadtmesner von Donaueschingen handelt, auch ein Zusammenhang mit Vorwürfen, mit denen sich in dieser Zeit der Donaueschinger Pfarrer Heinrich Feurstein konfrontiert sah? [zu den Vorwürfen gegen Feurstein: Banka, S.47f mit Verweis auf Zahlten, Dr. Heinrich Feurstein, Donaueschingen].

14.05.1934, DB: „Da haben wir den Salat oder: ‚Jetzt bleib‘ i erst recht Zentrum!‘.

Donaueschingen. In unserem Nachbarstädtchen Bräunlingen gibt es immer noch Leute, die Sinn für würzigen Humor haben. Wollte da ein aus der alten Zeit herrührendes Vereichen, an dessen Existenzberechtigung, soweit es sich um weltliche und sportliche Belange dreht, mit dem besten Willen nicht mehr alle Volksgenossen glauben konnten, am Muttertag unbedingt einen Reigen aufführen, obwohl dies doch unsere BDM.-Mädel doch allein ganz gut besorgen können. Bräunlingen ist aber in der Pflege und Erhaltung alter Traditionen seit altersher und so glauben wohl aus diesem Grunde manche Leute, dass man Errungenschaften des Zentrums eben doch auch erhalten und weiterpflegen müsse. Wie gesagt, es sind von dieser Notwendigkeit nicht mehr alle Volksgenossen überzeugt, weshalb ja auch dem besagten Vereichen nahegelegt wurde, dass, bei einer von der

nationalsozialistischen Regierung angeordneten Veranstaltung, in allererster Linie nationalsozialistische Verbände für die Darbietungen eintreten; denn man stelle sich die Situation vor, wenn zum Beispiel bei einer Zentrumsveranstaltung unsere BDM.-Mädchen sich zur Vorführung eines Reigens angemeldet hätten, wie wohl in einem derartigen Falle die Auskunft gelautet hätte. Nun werden viele sagen ‚Zentrum?‘ das gibt es doch gar nicht mehr, was will denn dieser Schreiber noch mit dem Zentrum!? Fehl spekuliert liebe Freunde, wir können das Gegenteil beweisen. Sehr erbost über die Vorgänge vor der Feier des Muttertages ließ eine biedere Bürgersfrau die Katz aus dem Sack und sprach entrüstet: ‚So, jetzt bleib i erst recht Zentrum, und wenn ich und de’ Herr Geistliche Rat no allei Zentrum sind!“ Hört einmal, liebe Freunde alle hierher! [Absatz]. So, da haben wir nun den Salat! Also gibt es halt doch noch ein Zentrum! [Absatz]. Eine andere Freundin des früheren Zentrums meinte ‚bis i’ zwei Jahr isches doch wieder anderscht!‘ Wir sehen also, es ist noch immer ein recht gesunder und erfreulicher Humor vorhanden im schönen Bräunlingen. Böse Buben behaupten sogar, die gestrengen Ehemänner der beiden liebenswerten politischen Gegnerinnen seien – tapfere SA.-Reservisten! Heil Hitler.“

15.06.1934: Beschwerdeschreiben Julius Meister an das Ordinariat betreffs Vikar Alfred Burger in Bräunlingen. Der Stadtpfarrer kritisiert zunächst den groben Umgang Vikar Burgers mit dem Gesellen- und Jungmännerverein und erwähnt seine Warnung an Burger, dass dieser den Verein doch nicht „*von innen heraus sprengen*“ möge „*in dieser jetzigen Zeit, wo der Verein von außen her sich so schwer bedroht und angefeindet sieht. Meine Warnungen haben aber wenig gefruchtet*“; und stellt fest „*dass Herr Vikar Burger offen eine Hinneigung zum Nationalsozialismus an den Tag legte.*“ Der Hauptteil des Schreibens bezieht sich auf einen Vorfall im Zusammenhang mit dem „Jungführertag“ am Sonntag, 3.Juni in Donaueschingen, der auch von Bräunlingern besucht wurde. In der folgenden Woche fand dann in Bräunlingen eine Versammlung des Gesellen- und Jungmännervereins statt, an dem Ferdinand Wintermantel ein Referat über das Donaueschinger Treffen hielt. Gemäß den Ausführungen Meisters sei „*ein schleichender Verfolgungswahn, der bei Vikar Burger seit Anfang seines Hierseins zu bemerken war, ... nun in akutester Form zum Ausbruch*“ gekommen: „*Schon während des Referates machte er verschiedene Zwischenrufe... Nach Beendigung desselben fiel er mit einer geradezu unheimlichen Leidenschaftlichkeit in schärfster Tonlage über den Referenten und seinen Vortrag her... Selbst von den Ausführungen über die Nationalkirche fühlte er sich persönlich betroffen, als wäre er ein Freund und Förderer derselben.... Die Versammlungsbesucher waren alle sprachlos vor Schrecken ob eines solchen Auftretens des Vereinspräses.... Ob diese 30 Jungen Leute, der letzte Rest des Gesellen- und Jungmännervereins Bräunlingen nach solchem Erlebnis nochmals zu einer Vereinsversammlung erscheinen werden, ist sehr fraglich. Der ohnehin schon geschwächte Verein hat an diesem Abend einen tödlichen Schlag erlitten. Es ist sehr wünschenswert, dass dem Herrn Vikar Burger höheren Orts eine Verwarnung und Mahnung erteilt werde.... Ich möchte aber dringend bitten, den Herrn Vikar Alfred Burger ob all dem nicht von Bräunlingen versetzen zu wollen. Ich werde mich bemühen, seinem krankhaften Zustand Rechnung zu tragen, ohne ihm aber alles stillschweigend hingehen zu lassen.*“ (PA, 12.2). – Es fällt auf, dass Julius Meister trotz seiner Beschwerde Vikar Burger weiterhin in Bräunlingen behalten möchte [vgl. auch noch elf Monate später seine ähnliche Haltung,

Schreiben vom 4. Mai 1935]. Was mag Julius Meisters Motiv dafür gewesen sein, Vikar Burger in Bräunlingen behalten zu wollen?

23.06.1934: Der Löffinger Stadtpfarrer Guido Andris wird mit großer Theatralik aus Löffingen vertrieben. 15 Monate später wird den Bräunlinger Pfarrer dasselbe Schicksal ereilen (Buchteil 1).

Ohne Datum: Auszug aus der Klageschrift der NSDAP-Kreisleitung Donaueschingen gegen Julius Meister [analog zum o.g. umfassenderen Dokument des NSDAP-Geschäftsführers Rudolf Müller vom 13.04.1934 um einige Punkte gekürzt, jedoch innerhalb der wenigeren Punkte teilweise ausführlicher und drastischer als im Dokument vom 13.04.1933] (PA).

04.07.1934: Schreiben des Ministers des Kultus an das Ordinariat [erwähnt im Ordinariatsschreiben vom 14.07.1934].

14.07.1934: Schreiben des Ordinariates an Julius Meister: „Wir übersenden Euer Hochwürden... das ... an uns gerichtete Schreiben des Ministers des Kultus... vom 4.7.1934 No. A 16324 nebst 2 Anlagen zur Kenntnis und Äußerung. Wir haben die Anlagen dieses Erlasses in Abschrift u. E. Sr. Durchlaucht dem Erbprinzen Max zu Fürstenberg mit der Bitte um Vermittlung übersandt“ (PA).

18.07.1934 Protokoll, Stadt: Das Verfahren gegen Bürgermeister a.D. Müller wurde von der Staatsanwaltschaft Konstanz eingestellt. Der Vorsitzende ladet sämtliche Mitglieder des Gemeinderates zur Prozession am Kirchen-Patrozinium ein.

23.07.1934: Erklärung des Superiors Gärtner C.S.Sp., Donaueschingen, zu den Vorwürfen bzgl. „Weißer Sonntag in Pföhren“ [vgl. Erwiderung mit 25 Punkten des Julius Meister, August 1934 (ohne genaues Datum) auf die Vorwürfe der Kreisleitung vom 13.04.1934, vgl. Schreiben vom 22.08.1934].

24.07.1934: Zuschrift des Unterlehrers Willy Niedermann an die Kreisleitung mit Beschwerden bzgl. Julius Meister.

30.07.1934: Mitteilung der Kreisleitung an das Ordinariat zur Kenntnisnahme der Beschwerdepunkte des Schreibens von Unterlehrer Willy Niedermann vom 24.07.1934.

August 1934 (ohne genaues Datum): Erwiderung in 25 Punkten des Julius Meister auf die Vorwürfe der Kreisleitung vom 13.04.1934 (vgl. Schreiben vom 22.08.1934). Die Erwiderung geht nicht an die NSDAP-Kreisleitung, sondern an das Kultusministerium „zu welchem ich das Vertrauen hege, dass es volles Verständnis hat für Wahrheit und Gerechtigkeit“, Julius Meister (PA). Julius Meister hält die Aussagen vom 06.02.1934 aufrecht, jedoch fügt er Ergänzungen zu einigen Punkten hinzu:

Zu 1) Anrufung der Kapitelsgeistlichen als Zeugen; dem Referat fehlte jegliche polemische Spitze. Die Tendenz des Vortrags läuft parallel mit den staatlichen Bestrebungen von „Mutter und Kind“.

Zu 2) weitere Ausführungen gegen den Vorwurf der Beeinflussung der Wahl in Bräunlingen.

Zu 3) bzgl. „Weißer Sonntag“ in Pföhren: beigefügte Erklärung des Superiors Gärtner (Donaueschingen).

Zu 4) nähere Erläuterungen zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der Beschlagnahme diverser Dinge der katholischen Jugendorganisationen in Bräunlingen am 01.07.1933.

Zu 5) Grüßen in alter Grußform geschah unbewußt.

Zu 6) Verweis auf die Erklärung des Stadtmesners Müller (Donaueschingen). Die Anklage, Julius Meister habe sich negativ bzgl. des Hissens der Hakenkreuzfahne gegenüber dem Mesner Müller geäußert, ist eine aus der Luft gegriffene Verdächtigung seitens eines gewissen Denuntianten. Julius Meister verlangt, ihm den Namen dieser Person zu nennen, um gerichtlich gegen sie vorgehen zu können.

Zu 7) Einzelne Äußerungen (im Jahre 1932) bzgl. einzelner religiöser Irrtümer in NS-Schriften sind etwas, wodurch „doch der Staat sich nicht betroffen fühlen“ muss. Die Unterschriftensammlung für Theodor Weißer (nach seinem Scheitern als Bürgermeisterkandidat) stand im Zusammenhang mit der Sicherung seiner Stelle als Stützpunktleiter von Bräunlingen, fand selbst bei Parteigenossen nicht einhellige Zustimmung, wurde von der Einwohnerschaft z.T. aus Mitleid, z.T. auch „unter einem gewissen Druck“ (abhängiger Leute) bejaht, wobei z.T. unwahre Vorinformationen verbreitet worden waren. Mit der Forderung nach einer Entfernung des Dekans Meister von Bräunlingen stand die Unterschriftensammlung nicht in Zusammenhang.

Zu 8) hat einem staatlichen Hoheitszeichen noch nie die vorgeschriebene Ehrung versagt. Bzgl. angeblicher Verfehlungen mögen tatsächliche Beweise erbracht werden.

Zu 13) hat in seinen vierzehn Bräunlinger Dienstjahren das Schwarzwälder Tagblatt noch nie beim Namen genannt, jedoch die katholische Presse empfohlen, wie dies den Pfarrern seitens der Kirchenbehörde vorgeschrieben war.

Zu 18) verweist darauf, dass es dem Pfarrer doch wohl noch erlaubt sein müsse, mehr oder weniger regen Verkehr mit seinen Pfarrkindern zu haben. Empfindet die Behauptung, einem Eid des Stadtpfarrers Meister könne man sowieso nicht glauben, als „ungeheuerliche Beleidigung“ und fordert Genugtuung von höheren Orts und Nennung der Person, die dies behauptet, um gegen sie Privatklage erheben zu können.

Zu 21) Nähere Begründung der Vorenthaltung der Kommunion gegenüber einem 16-jährigen Burschen am 02.12.1929: böswillig versäumte Christenlehren.

Zu 22) Die Seelsorge in Bräunlingen leidet nicht unter mir, da für diejenigen Personen, die gegen mich politisch befangen sind, Vikar Burger zur Verfügung steht, der hier allgemein bekannt ist „als Hitlervikar“. Meine Entfernung ist daher nicht notwendig. Was den Vertrauensentzug durch den Gemeinderat betrifft, so geschah dies nicht auf den Antrieb hiesiger Männer, sondern auf Verlangen der Kreisleitung, wofür ein führendes Mitglied als Zeuge benannt werden kann.“ Die Aufenthalte des „Parteigenossen Gemeinderat Marx“ betreffend wird festgehalten, dass dieser zweimal bei Julius Meister war, alle anderen Male bei Vikar Burger. „Die Gestapo ist in dieser Hinsicht einer schweren Irreführung durch ihren hiesigen Vertrauensmann zum Opfer gefallen.“ Polemischer Hinweis auf Aussagen „eines Gestapo-Mannes, der am 09.01.1934 in Bräunlingen Untersuchungen hinsichtlich der Verbreitung der Broschüre ‚Christus oder Hitler‘ anstellte.“ - Vier Anlagen: a) Konzept des Vortrags vor der Kapitelversammlung im November 1933, b) Erklärung des Superiors Gärtner

bzgl. des Pfohrener „Weißen Sonntags“, c) + d) Erklärung des Stadtmesners Müller (Donaueschingen) bzgl. Julius Meister und Hitlerfahne.

13.08.1934: Schreiben des Ordinariates mit 1 Anlage, an Dekan Meister, Bräunlingen [Original nicht vorhanden, vermutlich Abschrift des Beschwerdeschreibens von Lehrer Niedermann] (PA):

- Wir werden dem Kultusminister Ihre Erwiderung zu den Verlautbarungen der Kreisleitung zur Kenntnis bringen.

- Inzwischen ist unterm 30. Juli noch eine Zuschrift des Unterlehrers Niedermann an die Kreisleitung vom 24. Juli uns zur Kenntnis mitgeteilt worden. Sie wollen sich zu den einzelnen Beschwerdepunkten kurz äußern, damit wir auch dazu der Regierung gegenüber Stellung nehmen können.

- eine Anlage [die Anlage fehlt].

20.08.1934: Erwiderung von Dekan Meister auf die Zuschrift des Lehrers Niedermann in Bräunlingen vom 24.07.1934 (PA):

Zu 1) Verbot von „Heil Hitler“: Hitlergruß nicht verboten, aber zumindest für die Religion in der Schule die Ergänzung „Gelobt sei Jesus Christus“ verlangt.

Zu 2) Bestrafung und Beschimpfung von Mitgliedern des Jungvolks (?): nicht weil sie Mitglieder des Jungvolks waren, sondern wegen Kirchenschwänzen und Nichterledigen von Schulaufgaben.

Zu 3) Konflikt um einen Ausflug der HJ zur Zeit der Christenlehre am Sonntag. Hier liegt ein Verstoß gegen das Reichskonkordat vor.

Unerlaubte Zusammenkünfte des Zentrums im Pfarrheim: hier handelte es sich um eine öffentlich angesagte Veranstaltung der Kolpingfamilie

Schädigung der NS (-Jugendbewegung): Vorwurf zurückgewiesen mit Verweis auf schädigendes Verhalten des Lehrers Niedermann selbst: a) In der Schule Spottvers vorgeschprochen (vgl. 12.02.1934); b) vor Schülern katholische Religion als minderwertig gegenüber der heidnischen erklärt; c) Mädchen der marianischen Jungfrauenkongregation angehalten und belästigt und „seine Buben“ die Mädchen mit Steinen bewerfen lassen; d) Ausflug des Jungvolks an einem hohen kirchlichen Feiertag.

22.08.1934: Schreiben des Ordinariates an den Kultusminister, Abschrift an Julius Meister (PA): Mitteilung der Erwiderung des Julius Meister auf den Bericht der Kreisleitung vom 13.04.1934 und auf die Anzeige des Unterlehrers Niedermann vom 24.07.1934 sowie Beifügung der Erklärungen des Superiors Gärtner (Donaueschingen, 23.07.1934) und des Stadtmesners Müller (Donaueschingen, 19.07.1934). Vehemente Verteidigung pro Julius

Meister mit heftigen Anklagen gegen „die unzuverlässigen und gehässigen Denunziationen“ gegen Julius Meister und Eingehen auf die Defizite des Lehrers Niedermann.

Herbst 1934: reichsweit wird ab jetzt die sog. „Erzeugungsschlacht“ propagiert. Adressat ist vor allem der sog. „Nährstand“, die Bauernschaft. Immer wieder finden sich ab jetzt in den Lokalzeitungen auch kleine Berichte aus Bräunlingen. Die Erzeugungsschlacht betraf auch junge Menschen, die zur Mithilfe den Bauern zugewiesen wurden („Landjahr“), Kriegsgefangene und die gesamte produzierende Wirtschaft.

03.10.1934 Protokoll, Stadt: Die Firma Degginger in Rottweil bietet anlässlich eines Geschäftsjubiläums eine Geldspende für das Krankenhaus an. Nachdem Erkundigungen ergeben haben, dass diese Firma jüdischer Abstammung ist, wird ein Gemeinderat-Entscheid zurückgestellt. Das Bezirksamt und die NSDAP-Kreisleitung werden verständigt.

17.10.1934 Protokoll, Stadt: Am Samstag, 27.10.1934, veranstaltet Trupp III Bräunlingen des Sturm 11/185 der SA in der Turnhalle einen Kameradschaftsabend. Arbeitsvergaben sollen an solche Volksgenossen stattfinden, die durch den Eintritt in die Arbeitsfront zu erkennen geben, dass sie die Aufbauarbeit der Regierung unterstützen.

16.12.1934 Protokoll, Stadt: Die NSDAP-Gauleitung hat angeordnet, dass am 23.12.1934 die erste Deutsche Volksweihnacht seit der Machtübernahme abzuhalten ist. Die Feier steht unter dem Zeichen „Hakenkreuz, Lichterbaum & Gabentisch“. An der Feier wirken die Stadtmusik und der Männergesangsverein mit, der Hoheitsträger der Partei hält eine Weihnachtsansprache. Vor dem Schulhaus soll ein ca. zwölf Meter hoher Tannenbaum aufgestellt werden, der elektrisch beleuchtet ist.

Zum Weiterlesen:

Lesenswert sind die Ausführungen von Kathrin Banka, „Der Prozess der nationalsozialistischen Machtergreifung und Gleichschaltung in Donaueschingen. Eine lokalgeschichtliche Untersuchung mit Bemerkungen zur Unterrichtspraxis der Sekundarstufe“, 1. Wissenschaftliche Hausarbeit, Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen, Prüfungsfach Geschichte, ohne Ortsangabe, 2010, 106 Seiten.

Ebenso das Buch von Richard Zahlten, „Die Unbeherrschbaren. Priesterlicher Widerstand im Landkapitel Donaueschingen 1933 bis 1945“, Dold-Verlag, Vöhrenbach, 1997, 224 Seiten.

Zum Themenkreis Machtergreifung bzw. Gleichschaltung finden sich auf der GWBR-Website bei den „Zeitzeugenaussagen“ und in bei „Einzelthemen“ in fast jeder Rubrik direkte oder indirekte Aussagen, z.B. die Rubriken „NSDAP-Bräunlingen“, „Fasnacht“, „Kirche / Pfr. Julius Meister“.